

I. Einleitung

1. Fragestellung

»Jetzt ist Krieg, ja. Und ich hätte mir nie träumen lassen, dass Rot-Grün mit im Krieg ist. Aber dieser Krieg geht nicht erst seit 51 Tagen, sondern seit 1992 [...] Er hat mittlerweile Hunderttausenden das Leben gekostet, und das ist der Punkt, wo Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr Protestpartei sind [...] Ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus! Beides gehört für mich zusammen.«¹

Mit diesen Worten beschwor der deutsche Außenminister und Grünenpolitiker Joschka Fischer die Delegierten der außerordentlichen Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999 in der Bielefelder Seidensticker-Halle, ihm den Rückhalt für eine rot-grüne Außenpolitik zu geben, welche die seit dem 24. März 1999 andauernden Luftschläge der NATO zur Beendigung des Kosovo-Konflikts auch durch die Entsendung eigener Kampfflugzeuge mittrug und mitverantwortete. Dies war eine Politik, die Fischer selbst nur sechs Jahre zuvor als Machtpolitik und Zeichen neuerlicher Militarisierung verurteilt hatte.² Sowohl 1993 als auch 1999 hatte er durch den Verweis auf »Auschwitz« Lehren für die Gegenwart aus der deutschen Geschichte abgeleitet. Die auch für ihren »Auschwitz-Vergleich« bekanntgewordene Rede bezeichnete er später als die wichtigste seines Lebens.³ Wie die anschließende Abstimmung zeigte, war es Fischer offenbar gelungen, trotz einer brodelnden, fast hasserfüllten Atmosphäre und eines gerissenen Trommelfells – nachdem ihn ein Beutel mit roter Farbe zuvor mit voller Wucht auf dem rechten Ohr getroffen hatte – eine Mehrheit für den Antrag des Bundesvorstandes zu erkämpfen. Demzufolge sollte sich die Bundesregierung für einen befristeten Bombenstopp einsetzen. Im Gegensatz dazu hatte die Parteilinke eine sofortige unbefristete Einstellung der NATO-Luftschläge gefordert. Im Kern ging es dabei um nicht weniger als den Fortbestand der rot-grünen Regierungskoalition. Eine Mehrheit für den Antrag der Parteilinken hätte laut

¹ AGG, VK-ND 201-K4, BDK Bielefeld 1999, Bd 1, Redebeitrag Joschka Fischer auf der Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen in Bielefeld am 13.5.1999.

² AGG, B.II.2 305(1), Hubert Kleinert, Joschka Fischer u.a., Antrag zur a.o. Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 9.10.93 in Bonn.

³ Fischer, Die rot-grünen Jahre, S. 227.

Fischer darüber hinaus die parlamentarische Existenzfrage nach sich gezogen und vermutlich auch zur Spaltung von Fraktion und Partei geführt.⁴

Diese Ereignisse der Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999 wie auch Fischers gewandeltes Verständnis, dass die Durchsetzung eigener Werte und Interessen, wie die Beendigung einer humanitären Katastrophe und der Schutz der Menschenrechte, unter bestimmten Umständen den Einsatz militärischer Gewalt selbst entgegen geltendem Völkerrecht notwendig machen können, umreißen das Spannungsfeld, in dem sich die innenpolitische Debatte über die künftige Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik damals bewegte. Ausgelöst wurde dieser Selbstverständigungsprozess über die Rolle der Bundeswehr und den Einsatz militärischer Gewalt durch die Frage nach der Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Missionen.

Mit der Epochenwende der Jahre 1989 bis 1991 hatte sich die liberale Weltordnung zwar nicht endgültig durchgesetzt,⁵ doch verbirgt sich in der These von Francis Fukuyama vieles vom Verständnis der damaligen Zeitgenossen, die auf »ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit«⁶ hofften. Dies galt insbesondere für die Deutschen, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges an der Bruchstelle der widerstreitenden Systeme befunden hatten und deren Außenpolitik davon geprägt war. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die Abgrenzung vom NS-Regime und seiner Verbrechen waren dabei identitätsstiftend für die bundesdeutsche Gesellschaft.⁷ Von deutschem Boden sollte kein Krieg mehr ausgehen, so das Paradigma. Mit der deutschen Wiedervereinigung verbanden sich große Hoffnungen; erwartet wurde eine Friedensdividende, und so mancher fragte sich, wozu eigentlich noch Streitkräfte, wenn Deutschland nur noch »von Freunden umzingelt ist« (Volker Rühle). So mag es nicht verwundern, dass mit dem Beginn des Zweiten Golfkrieges im Frühjahr 1991 die Frage nach einer deutschen militärischen Beteiligung am Kampf gegen den Irak zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und den Fraktionen im Deutschen Bundestag führte. Befeuert durch die Medienberichterstattung, machten viele Deutsche ihrer Empörung in landesweiten Demonstrationen gegen ein militärisches Engagement der Bundeswehr Luft.⁸ Die dadurch ausgelöste innenpolitische Debatte widmete sich der für die deutsche sicherheitspolitische Identität zentralen Frage nach der künftigen Rolle der Bundeswehr und dem Einsatz militärischer Gewalt durch deutsche Streitkräfte. Das mit dem 3. Oktober 1990 wiedervereinigte Deutschland hatte bereits zum Aufbrechen des Diskurses

⁴ Ebd.

⁵ Fukuyama, Das Ende der Geschichte.

⁶ KSZE-Gipfeltreffen in Paris (19.–21.11.1990). In: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dok.-Nr. 253, S. 757.

⁷ Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 843.

⁸ Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/2, 14.1.1991; Die neue Rolle Deutschlands festgefahren. In: Frankfurter Rundschau, 21.2.1991; vgl. Kohl, Berichte zur Lage, S. 169, S. 411; Epkenhans, Das Ende der Geschichte?

über den Umgang mit der NS-Vergangenheit geführt. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Krieg und Holocaust war die deutsche Debatte über die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Auslandseinsätzen geprägt durch den Versuch, die künftige Rolle deutscher Streitkräfte an den Lehren aus der eigenen Geschichte zu orientieren.⁹

Die kompromisslose Abgrenzung vom NS-Regime, die spätestens seit den 1980er Jahren zum Bestandteil bundesrepublikanischer Identität geworden war,¹⁰ hatte zutiefst das Verständnis von militärischer Gewaltanwendung geprägt und dazu beigetragen, dass selbst mögliche Eskalationsdynamiken in der Abschreckungspolitik massiv infrage gestellt worden waren. Diese Sichtweise spiegelte sich in der einstigen Doktrin des Kalten Krieges »kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen« wider.¹¹

Acht Jahre nach dem Beginn des Zweiten Golfkrieges beteiligte sich Deutschland mit ECR-Tornados an der NATO-Operation »Allied Force«, einem Luftkrieg des Bündnisses gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ). Dabei handelte es sich um nicht weniger als den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und noch dazu ohne, dass ein UN-Mandat vorgelegen hätte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges ging eine Veränderung der internationalen Politik einher. Dies war für Deutschland mit einer Neupositionierung der Außen- und Sicherheitspolitik und einer veränderten Rolle in der internationalen Politik verbunden. Die sogenannten humanitären Interventionen in den 1990er Jahren¹² zur Bewältigung der aus dem Ende des bipolaren Weltsystems resultierenden Staatszerfallsprozesse waren gleichzeitig ein wichtiger Treiber der Entwicklung des internationalen Koordinatensystems und des damit verbundenen internationalen Positionierungsprozesses. Dabei ging es vor allem um die Zukunft Europas in einer sich verändernden Welt. In der Folge sah sich die Bundesregierung verstärkt zur Beteiligung an internationalen militärischen Missionen gezwungen. Dies war umso mehr der Fall, als die Zerfallskriege in Jugoslawien Deutschland nicht nur unmittelbar durch eine massive Flüchtlingsbewegung betrafen. Es ging dabei, insbesondere mit Blick auf die Europäische Union und die Vertiefung der europäischen Integration, auch um Deutschlands Rolle als europäische Gestaltungsmacht. Welche Bedeutung hatten diese ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr

⁹ Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 843; vgl. Wolfrum, Rot-Grün an der Macht, S. 104–106. Wolfrum fragt, ob damit eine »Normalität« und das Ende der Nachkriegszeit erreicht wurde. Zum Forschungsstand des gesellschaftlichen Diskurses über die NS-Vergangenheit siehe Groß, Gefangen im Krieg; vgl. auch Verbrechen der Wehrmacht.

¹⁰ Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 843.

¹¹ Vgl. Seiffert, »Generation Einsatz«, S. 80.

¹² Münch verweist auf die Probleme anderer normativ aufgeladener oder inkonsistent gebrauchter Begrifflichkeiten und schlägt stattdessen den Gebrauch des Interventionsbegriffs als größere Unternehmung mehrheitlich militärischer Akteure in einem ihnen fremden Staat vor. Münch, Die Bundeswehr in Afghanistan, S. 3. Anders als dieser enge Interventionsbegriff wird hier im Sinne des vernetzten Ansatzes ein weites Verständnis von Intervention, das neben militärischen, diplomatischen und entwicklungspolitischen Inhalten auch zivile und polizeiliche Fähigkeiten umfasst, zugrunde gelegt.

im Zeitraum von 1991 bis 1999 für Deutschlands Rolle als außen- und sicherheitspolitischer Akteur? Wie entwickelte sich die sicherheitspolitische Identität Deutschlands im Hinblick sowohl auf das eigene Rollenverständnis als auch das tatsächliche außen- und sicherheitspolitische Verhalten? Was waren die Motive der Bundesregierung für die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen? Wie also hat sich Deutschland als sicherheitspolitischer Akteur durch die Einsätze verändert?

Die vorliegende Arbeit wird sich am Beispiel des Kosovo-Konflikts diesen Fragen widmen und die für die Entscheidungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlichen Dynamiken und Prozesse untersuchen. Die Frage danach, wie der spannungsgeladene Konflikt zwischen dem Primat der Außenpolitik und dem Primat der Innenpolitik die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik formt,¹³ ist dabei Orientierungspunkt dieser Arbeit. Anhand des konkreten außen- und sicherheitspolitischen Akteursverhaltens soll die Herausbildung einer neuen sicherheitspolitischen Identität Deutschlands unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen untersucht werden.¹⁴ Die Analyse von Entscheidungsprozessen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr und ihrer Rolle für die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands bietet eine paradigmatische Möglichkeit zur Beantwortung der Fragestellung und damit einen geeigneten Zugang. Dies trifft insbesondere auf die deutsche Beteiligung am Kosovo-Konflikt zu, die einen Meilenstein auf dem Weg hin zu einem stärkeren deutschen Engagement in internationalen Auslandseinsätzen darstellte.¹⁵ Dabei ging es um die Frage nach dem Wann und dem Wofür sich die Bundeswehr an Auslandseinsätzen beteiligen sollte.¹⁶ Das schließt die Frage nach dem Ob und Wie der Anwendung militärischer Gewalt mit ein. Vor die-

¹³ Neitzel, Republik und Armee, S. 357; vgl. Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 873; vgl. Neitzel, Der Westen und die Neuen Kriege, S. 63.

¹⁴ Nach dem Ende des Kalten Krieges führten Auflösungserscheinungen der internationalen Ordnung und die sich daraus ergebenden Unsicherheiten zu einer komplexeren Bedrohungslage, auf die die internationale Gemeinschaft mit neuen Instrumenten und Strategien zu reagieren versuchte. Vermehrte militärische Interventionen in innerstaatliche Konflikte können dazu gezählt werden. In den Fokus des daraus resultierenden erweiterten Sicherheitsbegriffs rückten neben der Landes- und Bündnisverteidigung auch Stabilitätsprojektion, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowohl im transatlantischen als auch im europäischen Rahmen, um globale Bedrohungen und Risiken, wie etwa durch die ethnischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, gerecht zu werden. Meiers, Zu neuen Ufern?, S. 21 f. Zur historischen Entwicklung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs siehe Conze, Securitization. Diese Arbeit nutzt den im Weißbuch 1994 definierten Begriff eines erweiterten Sicherheitsverständnisses. Weißbuch 1994, Pkt. 214, S. 26; Zur Veränderung des Sicherheitsbegriffs siehe auch Böckenförde, Die Entwicklung des Sicherheitsverständnisses in Deutschland, S. 13 f., und Bredow, Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär, S. 22.

¹⁵ Vgl. Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 880.

¹⁶ Zum Verhältnis der Vergangenheit des NS-Völkermordes mit den Konflikten der Gegenwart siehe Jeismann, Auf Wiedersehen Gestern. Zum Verhältnis der Westdeutschen zum Militär in der Gründungsphase der Bundesrepublik siehe Echternkamp, Soldaten im Nachkrieg. Zur bundesrepublikanischen Geschichtspolitik von 1948 bis 1990 und daraus resultierenden Geschichtsbildern siehe Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

sem Hintergrund wird die zentrale Fragestellung durch die Untersuchung des Verlaufs der politisch-öffentlichen Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr in den 1990er Jahren und deren Auswirkungen auf politische Entscheidungen operationalisiert und zusammen mit der Analyse der operativen¹⁷ Umsetzung der Auslandseinsätze als »roter Faden« durch alle Aspekte der chronologisch angelegten Arbeit gezogen. War die Bevölkerung der »Friedensmacht« Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Staaten zurückhaltender, was die Zustimmung zum Einsatz ihrer Streitkräfte im Kosovo sowie der Anwendung militärischer Gewalt betraf? Und war die Beteiligung an diesem Einsatz vor allem dem Druck der Partner geschuldet? Welche Werte und Positionen kennzeichneten die Debatte zwischen Bundestag, Parteien, Bundesregierung und der Öffentlichkeit in dieser innenpolitischen Auseinandersetzung? Wie wirkten sich etwa menschenrechtliche Vorstellungen, aber auch die Wahrnehmung von Gefahren und daraus resultierende Vorstellungen von Sicherheit auf das deutsche außen- und sicherheitspolitische Akteursverhalten aus? Im weiteren Sinne ermöglicht dieser historiografisch kaum erforschte Gegenstand über den Zugang des Militärischen damit einen Beitrag zum Verständnis vom Verhältnis von Politik, Gesellschaft und Streitkräften.¹⁸ Denn beim Militär handelt es sich nicht um ein von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Prozessen losgelöstes Phänomen. Vielmehr ist es als Forschungsgegenstand ein sehr aussagekräftiger Ausdruck der politischen Kultur. So spiegelt der Einsatz von Streitkräften als Mittel der Politik das außenpolitische Verständnis eines Staates wider. Dies entspricht dem Urteil von Carl von Clausewitz, der den Krieg als politischen Akt begriff.¹⁹

2. Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Studie arbeitet im Sinne einer Mehrebenenanalyse. Analytischer Fluchtpunkt ist die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen der innenpolitischen Debatte und dem Handeln im internationalen Umfeld. In diesen Arenen werden sowohl Fragen nach der veränderten sicherheitspoliti-

¹⁷ Wobei an dieser Stelle darauf hinzuweisen ist, dass der Begriff »operativ« im außenpolitischen Akteursverhalten eine andere Bedeutung als im militärischen Kontext hat. Während der Operationsbegriff im militärischen Sinne ein zeitlich und räumlich zusammenhängendes Handeln von militärischen Kräften eines Akteurs zur Erlangung eines gemeinsamen Zieles bezeichnet, wird in der Außenpolitik darunter ihre praktische Umsetzung entsprechend der Interessen, der Strategien und des Akteursverhalten verstanden.

¹⁸ Vgl. Conze, *Die Suche nach Sicherheit*, S. 873.

¹⁹ Vgl. Förster, »Vom Kriege«, S. 266. Ende der 1990er Jahre begann der Prozess einer neuerlichen Standortbestimmung der Militärgeschichte in der deutschen Geschichtswissenschaft. Vgl. dazu *Das ist Militärgeschichte!; Perspektiven der Militärgeschichte; Die Erfahrung des Krieges; Was ist Militärgeschichte?*

schen Identität Deutschlands als auch nach der Bedeutung der Streitkräfte für diesen Wandel zwischen den Akteuren diskutiert und ausgehandelt.

Die Untersuchung des außen- und sicherheitspolitischen Handelns sowie der operativen Umsetzung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ermöglicht weitreichende Einblicke in die Funktionsweise der sicherheitspolitisch relevanten Ressorts sowie in die Entstehungsprozesse der in dieser Arbeit untersuchten Aspekte deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. So wird danach gefragt, welchen Einfluss die Akteure des Auswärtigen Amts darauf hatten, wie die operative Umsetzung dieser Prozesse erfolgte und wer die Urheber deutscher außenpolitischer Initiativen waren. Dabei wird auch auf die Handlungsspielräume der dafür verantwortlichen Akteure sowie auf das Verhältnis von Auswärtigem Amt und Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) zueinander geschaut. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang, wie militärische Planungsprozesse und militärische Sachlogik außenpolitisches Handeln beeinflussten und wie weit militärische Sachlogik und außenpolitisches Rational überhaupt zusammengingen. Auf diese Weise liefert die vorliegende Arbeit wichtige Einblicke in die Logik deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und bietet Erklärungen, wie sich konkretes politisches Handeln der Bundesregierung überhaupt generiert.

Da Entwicklungen in gewaltsamen Konflikten oft unübersichtlich sind und Ereignisse zudem wie in einem Zeitraffer in relativ kurzer Zeit ablaufen, ermöglicht die Analyse der deutschen Beteiligung am Kosovo-Konflikt, die Zuspitzung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse wie unter einem Brennglas zu beobachten. Massenvertreibungen, »ethnische Säuberungen«, Morde oder andere Menschenrechtsverletzungen erzeugten einen erheblichen zeitlichen Handlungsdruck auf die internationalen Akteure. Dementsprechend eignen sich die Entscheidungsprozesse zum Einsatz der Bundeswehr im Kosovo als Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit.

Die Arbeit fokussiert sich auf die Jahre von 1990 bis 1999 als Untersuchungszeitraum. Dies bietet sich aus mehreren Gründen an: Zum einen führte – wie bereits oben erwähnt – die nach dem 3. Oktober 1990 veränderte Rolle Deutschlands zusammen mit dem Aufbrechen neuer Konflikte und Krisen an der Peripherie Europas durch das Ende des Kalten Krieges sowie der Beginn des Zweiten Golfkrieges dazu, dass Verbündete eine stärkere Beteiligung Deutschlands an militärischen Interventionen in Krisenregionen forderten. Zum anderen begann die erste Phase einer teilweise auch heftig geführten öffentlichen Debatte in Deutschland über die Legitimation von Auslandseinsätzen, die Ende der 1990er Jahre als abgeschlossen bewertet werden konnte. Dies zeigte sich nicht zuletzt in einem breiten Konsens der im Bundestag vertretenen Fraktionen über die Beteiligung der Bundeswehr am nicht von den Vereinten Nationen mandatierten NATO-Kampfeinsatz »Allied Force«.

Die multiperspektivische Studie, die auf der Auswertung von umfangreichen Quellenbeständen basiert, analysiert den für die sicherheitspolitische

Identität Deutschlands relevanten Aushandlungsprozess auf der innenpolitischen, europäischen und internationalen Ebene. Anschließend untersucht sie, wie sich diese sicherheitspolitische Identität in der konkreten Umsetzung des Einsatzes in NATO und Bundeswehr niederschlug.

Sie bedient sich dazu des in der Interventionsforschung von Klaus Schlichte und Alex Veit genutzten Arena-Begriffs: Dieser ist aufgrund seiner Flexibilität und Multidimensionalität geeignet, die Komplexität der Wechselbeziehungen zwischen internationalen und nationalen Akteuren unter Berücksichtigung der verschiedenen Foren zu erfassen.²⁰ Dabei werden hier mit Arenen unterschiedliche Politikfelder bezeichnet, die eigenen Handlungslogiken folgen, die aufeinander bezogen sind und sich gegenseitig beeinflussen. Zur Beantwortung der Fragen der vorliegenden Arbeit spielen drei Arenen eine Rolle: die internationale Arena der Staaten und Organisationen mit ihren Institutionen und Foren, die nationale Arena (Bundesregierung, Bundestag, Parteien, Gesellschaft) sowie die militärische Arena (Bundeswehr, NATO und Einsatzgebiet). Untersucht und beschrieben werden die Wechselwirkungsprozesse unter den Arenen bei der Positionsbildung des Akteurs Deutschland.

Bislang liegen noch keine Studien vor, welche die zentrale Frage nach der Relevanz der ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr im Zeitraum von 1991 bis 1999 für Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik historiografisch aufgearbeitet haben. Um die Fragestellung der vorliegenden Arbeit fundiert beantworten zu können, rekonstruiert diese Arbeit daher zunächst die sich durch das Ende des Kalten Krieges verändernden Bedingungen des internationalen Umfeldes als Handlungsrahmen für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Am Beispiel des Zweiten Golfkrieges wird zudem die auf die Rolle und den Einsatz deutscher Streitkräfte nach 1990 einwirkende innenpolitische Debatte zum Akteursverhalten Deutschlands in Bezug gesetzt.

Daran anknüpfend werden im folgenden dritten Kapitel Ereignisse untersucht, die zum Ausbruch der »postjugoslawischen Kriege« führten, und auch das internationale Engagement im Rahmen von KSZE, EG/EU, UN und NATO zu ihrer Bewältigung im Zeitraum von 1991 bis 1997. Dies dient der Rekonstruktion deutschen Akteursverhaltens in Bündnissen und Organisationen zu Beginn dieser Kriege und der dahinterstehenden Handlungslogiken. Im Anschluss daran wird die deutsche politische Debatte im selben Zeitraum mit Blick auf die Motive, die den Positionen der widerstreitenden Akteuren zugrunde lagen, analysiert. Wie wird diese Debatte vonseiten der Bundesregierung geführt? Und: Welche Positionen vertritt die Opposition? Zudem wird auf die Rolle außenpolitischer Interessensabwägungen und auf den Einfluss der NATO-Verbündeten wie der USA, Frankreichs und Großbritanniens geschaut. Aber auch die historisch gewachsenen Rahmenbedingungen der nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation

²⁰ Vgl. Schlichte/Veit, Drei Arenen.

veränderten Konfliktszenarien und die spezifisch deutsche Vergangenheit wie auch die Rolle der Medien werden nicht außer Acht gelassen.

In einem weiteren Schritt wird schließlich die operative Umsetzung der deutschen Beteiligung am internationalen Engagement auf dem Balkan rekonstruiert und analysiert. Die Arbeit bleibt jedoch nicht beim Akteursverhalten stehen, sondern es werden auch die dahinterliegenden Handlungslogiken mit der konkreten militärischen Umsetzung konfrontiert.

Am deutschen Akteursverhalten im Kosovo-Konflikt während der Jahre 1998/99 als zentralem Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sollen die gewonnenen Erkenntnisse vertiefend analysiert werden. Dazu werden im vierten Kapitel zunächst die Ursachen und die Genese des Kosovo-Konflikts einschließlich bisheriger internationaler Lösungsansätze betrachtet. Im Anschluss daran wird das deutsche Akteursverhalten im Rahmen der internationalen Bemühungen zur Beendigung des Kosovo-Konflikts untersucht. Besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, in welchen internationalen Foren und mit welchen Strategien die schwarz-gelbe Bundesregierung agierte, um eigene Interessen durchsetzen zu können, welche Rolle dabei die Kontaktgruppe, die NATO und die EU spielten und wie sich das alles in konkreten militärischen Planungen der NATO niederschlug. Wie im vorangegangenen Abschnitt dieser Arbeit wird dabei erneut auf die Auswirkungen der innenpolitischen deutschen Debatte sowie auf das deutsche Akteursverhalten in internationalen Kontexten geschaut.

Das fünfte Kapitel greift diese Befunde auf und reflektiert sie mit Blick auf die sicherheitspolitische Rolle Deutschlands als Gestaltungsmacht unter der rot-grünen Bundesregierung. Hier geht es vor allem um die Unterschiede und Kontinuitäten nach der Zäsur des Regierungswechsels nach 16 Jahren schwarz-gelber Politik und den Übergang der Verantwortung für das Ressort des Auswärtigen nach 29 Jahren²¹ von der FDP auf Bündnis 90/Die Grünen. Damit stellte sich für die deutschen Partner in NATO und EU auch die Frage nach der Verlässlichkeit dieses größten europäischen Verbündeten.²²

Anfang Oktober 1998, nur wenige Tage nach den Bundestagswahlen, wurde die designierte rot-grüne Bundesregierung mit der Abstimmung über die Mandatierung der deutschen Beteiligung an der NATO-Luftoperation »Allied Force« und damit mit der Frage nach der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einem friedens erzwingenden internationalen Kampfeinsatz und zwar ohne, dass ein UN-Mandat vorlag, konfrontiert. Letztendlich war die Entscheidung für die Entsendung deutscher Soldaten in diesen Einsatz auch die Entscheidung für eine rot-grüne Regierungskoalition, die sonst

²¹ Die FDP stellte von 1969 bis 1998 den Bundesminister des Auswärtigen, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung von 17 Tagen im Jahr 1982, als Bundeskanzler Helmut Schmidt, nachdem sich die FDP aus Koalition und Kabinett zurückgezogen hatte, auch dieses Amt bekleidete.

²² Plenarprotokoll 13/248, 16.10.1998, S. 23 138, Redebeitrag Gerhard Schröder; vgl. Friedrich, Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, S. 56.

wohl nicht zustande gekommen wäre.²³ Dennoch blieben die NATO-Partner skeptisch.²⁴ Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, welchen Stellenwert die deutsche Bündnissolidarität auf dem Prüfstand des Kosovo-Konflikts für die neue rot-grüne Bundesregierung besaß. Bis zu welchem militärischen Eskalationsgrad war sie bereit, diese mitzutragen? Wie in den vorherigen Kapiteln werden die Auswirkungen der innenpolitischen deutschen Debatte, hier insbesondere innerhalb beider Regierungsparteien, auf das Akteursverhalten der Bundesregierung sowohl hinsichtlich der Bündnissolidarität als auch der Nutzung bevorzugter Foren und ihrer Bedeutung für die rot-grüne Außen- und Sicherheitspolitik untersucht. Darüber hinaus wird danach gefragt, welche Rolle es für die Legitimation des Einsatzes spielte, dass deutsche Soldaten erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges in einen Kampfeinsatz entsandt wurden – und das von einer rot-grünen Bundesregierung.

Im Kern geht es dabei vor allem um die Auswirkungen des politischen Prozesses auf den militärischen Planungshorizont. Geling es durch Androhung militärischer Gewalt eine glaubwürdige Drohkulisse der Allianz aufzubauen, die dabei half, eine weitere humanitäre Katastrophe im Kosovo zu verhindern? Oder trug diese im Gegenteil sogar zur Eskalation bei? Welche Rolle spielte das Wie und Wozu des Einsatzes der Bundeswehr für das deutsche außen- und sicherheitspolitische Akteursverhalten? Wie wirkte sich die innenpolitische Debatte in Deutschland auf das Verhalten der Bundesregierung bei der Zusammenstellung, Ausbildung und Entsendung deutscher Streitkräfte im Fall des Kosovo-Konflikts aus?

Das sechste Kapitel beginnt schließlich mit dem Luftkrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ab dem 24. März 1999. In Fortsetzung der Fragen des vorhergehenden Kapitels wird nach dem Versagen internationaler Krisendiplomatie und der Kontaktgruppe als ihrem bevorzugten Forum die deutsche Rolle bei der Wiederbelebung des politischen Prozesses zur Beendigung des Kosovo-Konflikts unter den Bedingungen eines als ursprünglich »kurzen« Waffengang der NATO geplanten, sich dann aber ständig ausweitenden Krieges untersucht. Die rot-grüne Bundesregierung war in eine Zwickmühle aus Bündnissolidarität auf der einen Seite und innenpolitischen Zwängen auf der anderen Seite geraten. In der Konsequenz reagierte sie mit verstärkten Bemühungen, den politischen Prozess zur Beilegung des Kosovo-Konflikts wiederzubeleben. Dafür nutzte sie ihren Doppelvorsitz in EU und G8 sowie ihre Rolle als Vermittler zwischen den USA und Russland.

Das deutsche Engagement im Kosovo-Konflikt und der Einsatz der Bundeswehr begannen sich schon wenige Jahre nach dem Einmarsch der KFOR-Truppe auf verschiedenen politischen Ebenen widerzuspiegeln. So wird diese Arbeit schließlich die Bedeutung des Kosovo-Konflikts als wichtiger Markstein für die gewandelte Rolle von Streitkräften als aktivem Ins-

²³ Görtemaker, *Die Berliner Republik*, S. 117.

²⁴ Vgl. Fischer, *Die rot-grünen Jahre*, S. 130.

trument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik darlegen, die heute als Teil des vernetzten Ansatzes eine wesentliche Bedeutung auch für das deutsche Akteursverhalten in der internationalen Politik hat.

3. Forschungsüberblick

a) Neueste Militärgeschichte

Die Darstellung und die Analyse der aus dem Verlauf des Konflikts zwischen dem Primat der Außenpolitik und dem Primat der Innenpolitik resultierenden Rolle und des Einsatzes deutscher Streitkräfte nach dem 3. Oktober 1990 sind Gegenstand Neuester Militärgeschichte und gleichzeitig konstitutiv für diese Disziplin der Zeitgeschichtsforschung, die sich methodisch an den Grenzen zu den Politikwissenschaften und zur Soziologie bewegt.²⁵ Welche dieser Disziplinen sich dabei welchen Aspekten dieses Feldes widmet, wird sicher nicht nur eine Frage der ihr eigenen Methoden, sondern auch wissenschaftlicher Praxis sein. Aufgrund der Gegenwartsnähe des Forschungsgegenstandes wird die Untersuchung noch nicht abgeschlossener Entwicklungen und Prozesse, die Neueste Militärgeschichte hinsichtlich ihres Methodenspektrums formen. Als Subdisziplin der Geschichtswissenschaften arbeitet sie zwar grundsätzlich mit den Methoden der Disziplin, konzentriert sich aber wegen der bekannten Problematik stärker auf die Nutzung von anderen Quellen als dem Archivgut – wie weiter unten darzulegen sein wird –, die Nutzung von Zeitzeugeninterviews und die Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden.

Die durchlässigen Grenzen zu ihren benachbarten Wissenschaften sowie die fließenden Übergänge zu ihren Nachbardisziplinen werden sich erst in dem Maße, wie diese noch junge Teildisziplin der Militärgeschichte in ihren Forschungen voranschreitet und sich weiterentwickelt, herauskristallisieren.²⁶

Trotz dieser spannenden Perspektiven wurde die Rolle deutscher Streitkräfte nach 1990 bisher kaum militärgeschichtlich erforscht. Abgesehen von politikwissenschaftlichen und militärsoziologischen Arbeiten, deren Fokus etwa auf dem Akteursverhalten Deutschlands in den Internationalen Beziehungen, dem Wandel von soldatischen Identitäten durch Auslandseinsätze oder dem veränderten Verhältnis von Streitkräften, Politik und Gesellschaft liegt, hat sich die Neueste Militärgeschichte erst vor etwa zehn Jahren auf den Weg gemacht, dieses Feld historiografisch für sich zu erschließen.²⁷ Trotzdem sind

²⁵ Vgl. Chiari, *Krieg als Reise?*, S. 17; Neitzel, *Republik und Armee*, S. 357.

²⁶ Zur Verständnis einer »New Military History« als Teil der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und zur Frage der Abgrenzung zu anderen Subdisziplinen siehe Duchhardt, *Politische Geschichte*, S. 20 f.

²⁷ Vgl. Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*. Die ersten, die sich der Vermessung dieses Forschungsfeldes annahmen, waren dabei Hans J. Gießmann gemeinsam mit

seither keine größeren zeitgeschichtlichen Arbeiten zum Thema publiziert worden. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen lässt sich ein nach wie vor fehlendes Verständnis, das Militärische als Exponent gesellschaftlicher Kultur zu begreifen, beobachten. Zum anderen sind einige Zeithistoriker skeptisch gegenüber gegenwartsnahen Forschungsthemen. Meist waren die ersten geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen der »Neuen Kriege« auch rückwärtsgewandte Erklärungsversuche bereits historisch erforschter Epochen.²⁸ Vor allem aber sind es angesichts der dreißigjährigen Schutzfrist von Archivgut der eingeschränkte Quellenzugang wie auch mangelnde fachliche Kenntnis des Militärischen, also ein Verständnis von der Funktionsweise des Militärs, der taktischen und operativen Aufgaben, der Ausrüstung, Ausbildung, Organisation und des soldatischen Berufsverständnisses.²⁹

Durch das Militärische als Zugang lässt sich die vorliegende Untersuchung in der Schnittmenge zwischen den Feldern Neuester Militärgeschichte und Neuer Politikgeschichte verorten.³⁰ Ihr analytischer Fixpunkt ist die Rolle militärischen Handelns. Das Besondere, Reizvolle und gleichzeitig die große Herausforderung ist, dass es sich dabei um eine Untersuchung noch nicht abgeschlossener politischer Prozesse handelt, also um Arbeiten am laufenden Motor, wenn man so will. Das bringt auch angesichts der grundsätzlich dreißigjährigen Schutzfrist für Archivquellen, zahlreicher verfügbarer Zeitzeugen und einer Fülle digitalen Materials im Vergleich zur Erforschung länger zurückliegender Epochen besondere Möglichkeiten, aber auch Grenzen mit sich. Vor allem liegen bisher nur vereinzelt Arbeiten Neuester Militärgeschichte vor. Umso mehr ist diese Literatur von Bedeutung, weist sie doch den Weg für die vorliegende Arbeit. Dies gilt insbesondere für die Frage nach der Beteiligung der Bundeswehr im Kosovo-Konflikt, die bisher noch nicht militärgeschichtlich erforscht worden ist.

Mit der ersten umfassenden Monografie zur Neuesten Militärgeschichte in Deutschland, die sich den deutschen Streitkräften im Auslandseinsatz zuwendet, hat Philipp Münch jüngst den Beweis angetreten, dass gegenwartsnahe geschichtswissenschaftliche Forschung auch ohne eine Archivquellenbasis möglich ist.³¹ In seiner Arbeit »Die Bundeswehr in Afghanistan. Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen« nutzt Münch ein methodisches Konzept, das es ihm ermöglicht, die Trennung von Akteur und Struktur zu überwinden, und so das objektive Handeln eines Akteurs wie auch des-

Armin Wagner und Bernhard Chiari. Vgl. Chiari, *Krieg als Reise?*; Gießmann/Wagner, *Die Bundeswehr im Auslandseinsatz*.

²⁸ Chiari, *Krieg als Reise?*, S. 19.

²⁹ Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, S. 72. Zum Problem fehlender Grundkenntnisse des Militärischen und seiner Funktionsweise für die militärgeschichtliche Forschung siehe Wegner, *Wozu Operationsgeschichte?*, S. 108.

³⁰ Zu den Ursprüngen einer Neuen Politikgeschichte siehe Frevert, *Neue Politikgeschichte; Zur Verortung einer »modernen Politikgeschichte«* in der deutschen Geschichtswissenschaft siehe Conze, *Sicherheit als Kultur*.

³¹ Vgl. Münch, *Die Bundeswehr in Afghanistan*.

sen subjektive Motivation zu erfassen und zu analysieren.³² Auf diese Weise überwindet Münch die Grenzen einer klassischen auf Akteure und Strukturen fokussierten Politikgeschichte und folgt dem Verständnis einer neuen, modernen Politikgeschichte, die Grenzen, Mechanismen und Medien als Variablen eines symbolischen und diskursiv konstruierten Politikraumes begreift.³³

Etwa zeitgleich zur »Renaissance« der Militärgeschichte³⁴ Ende der 1990er Jahre begann auch in der Politikgeschichte ein intensiver Diskurs, der zu einer methodischen Trendwende führte. Durch die Lösung von einer Fokussierung auf das Politische im engeren Sinne eröffnen sich auch für die Neueste Militärgeschichte methodische Zugänge zu einer »Kulturgeschichte der Gewalt«.³⁵ Unbenommen davon bieten andere Perspektiven weitere Zugänge,³⁶ etwa über eine das soldatische Umfeld analysierende Sozialgeschichte³⁷ oder eine Wirtschaftsgeschichte,³⁸ die Rüstung als Motor wirtschaftlicher Entwicklung begreift.

³² Ebd., S. 20. Zu den Erfahrungen und der sicherheitspolitischen Einordnung des deutschen ISAF-Einsatzes siehe auch: Am Hindukusch und weiter?

³³ Vgl. Haupt, Historische Politikforschung, S. 305; vgl. Weidner, Die Geschichte des Politischen, S. 117 f. Weidners Untersuchung bietet einen guten Überblick der politikgeschichtlichen Theoriediskussion seit der Jahrtausendwende. Zum klassischen Begriff der Politikgeschichte siehe den bereits 1998 veröffentlichten Beitrag von Heinz Duchhardt: Duchhardt, Politische Geschichte. Eckart Conze stellte die Frage nach dem Zugang zu einer modernen Kulturgeschichte über den Sicherheitsbegriff als analytischem Orientierungspunkt. Conze, Sicherheit als Kultur. In Fortsetzung dieser Fragestellung und zum sich entwickelnden Diskurs über die Ansätze einer Sicherheitsgeschichte in der historischen Forschung siehe Zwierlein, Sicherheitsgeschichte. Dazu aus politikwissenschaftlicher Sicht: Daase, Die Historisierung der Sicherheit. Zum Potenzial des »Securitization«-Begriffs für die geschichtswissenschaftliche Forschung siehe Conze, Securitization. Tatsächlich spiegeln die Publikationen der letzten Jahre eine Orientierung der historiographischen Forschung hin zum Sicherheitsbegriff wider: Conze, Die Suche nach Sicherheit. So geht etwa Andreas Rödder den sicherheitsrelevanten historischen Ursprüngen und Auswirkungen der digitalen Revolution nach: Rödder, 21.0. Heinrich August Winkler widmet sich im vierten Band seiner »Geschichte des Westens« den Gefahren nach dem Ende des Kalten Krieges und beendet seine Erzählung im Jahr 2014 mit der Frage, ob angesichts eines globalisierten Terrors nicht das Ende aller Sicherheit erreicht sei: Winkler, Die Zeit der Gegenwart. Andreas Wirsching nimmt im Gegensatz zu Winklers weiterem Blickwinkel mit seiner 2011 endenden Gegenwartsgeschichte eine europäische Perspektive ein: Wirsching, Der Preis der Freiheit. 2013 legte Edgar Wolfrum eine Studie aus der Perspektive der von 1998 bis 2005 regierenden Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. Wolfrum, Rot-Grün an der Macht.

³⁴ Förster, »Vom Kriege«, S. 265.

³⁵ Zur kulturgeschichtlichen Erweiterung einer »neuen« Militärgeschichte und der Bedeutung militärischen Handelns als Untersuchungsgegenstand vgl. Neitzel, Militärgeschichte ohne Krieg? Siehe hierzu auch die Ausführungen von Echternkamp, der ebenfalls für eine Öffnung der Militärgeschichte plädiert, in der Kritik Neitzels, dass der Kampf und militärische Operationen dabei bisher zu kurz kämen, allerdings die Furcht vor einer kulturgeschichtlichen Verengung sieht: Echternkamp, Wandel durch Annäherung, S. 22. Zur englischsprachigen Forschungsliteratur im Hinblick auf die »Repositionierung« der Militärgeschichte am Beginn des 21. Jahrhunderts vgl. Black, Rethinking Military History.

³⁶ Duchhardt, Politische Geschichte, S. 20 f.

³⁷ Vgl. Perspektiven der Militärgeschichte.

³⁸ Vgl. etwa Militärisch-industrieller Komplex?

Gleichwohl löste der Beginn der Auslandseinsätze der Bundeswehr Anfang der 1990er Jahre, wie etwa die Entsendung von Flugabwehrraketen in die Osttürkei während des Zweiten Golfkrieges, des Minenräumverbands im Persischen Golf oder von Schiffen der Bundesmarine in die Adria zur Überwachung des UN-Embargos gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ab dem 15. Juli 1992, keine militärgeschichtliche Forschung aus.³⁹ Das war sicherlich auch der Zeitnähe der jeweiligen Ereignisse geschuldet. Zwar setzte der Historiker Klaus Naumann vom Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) im Zuge der Vorbereitungen der für 1995 konzipierten Wehrmachtausstellung den Adriaeinsatz der Bundeswehr in Beziehung zu den Gewalterfahrungen des Zweiten Weltkrieges, doch folgte diesem ersten Anstoß keine weitergehende zeitgeschichtliche Forschung zur Untersuchung der Auslandseinsätze.⁴⁰ Erst der Ende der 1990er Jahre beginnende Diskurs über die Zukunft der Militärgeschichte sowie die daraus resultierende Trendwende führten dazu, dass auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr von der historischen Forschung in den Blick genommen wurden. In ihrem 2001 erschienenen Sammelband leiteten Nikolaus Buschmann und Horst Carl das historische Erkenntnisinteresse aus der Erklärung des Gegenwärtigen, ganz konkret der Kriege im ehemaligen Jugoslawien ab und forderten dazu auf, das Militär als institutionelle Größe zu untersuchen.⁴¹ Doch wie in früheren militärgeschichtlichen Forschungen oft genug zu beobachten war, wurde das Thema Auslandseinsätze in den dann folgenden Publikationen zwar untersucht, das Militär, seine Struktur, Binnenperspektive und die operative Umsetzung der Einsätze blieben jedoch eine »Black Box«.⁴² Der fehlende Quellenzugang als Erklärung hierfür greift jedoch zumindest mit Blick auf Deutschland zu kurz. Denn Autoren internationaler historischer Studien, vor allem im angloamerikanischen Raum, nahmen sehr wohl das originär Militärische als militärische Konflikte und Krieg bestimmende Größe in den Blick – auch ohne verfügbare Archivquellen bzw. schlossen es von ihrer Untersuchung nicht aus. Dem liege, so der US-amerikanische Historiker Dennis Showalter, ein sehr breites Verständnis von Militärgeschichte zugrunde, mit welchem ein weitestgehender Verzicht auf methodologische Fragen einherginge. In der Folge würde dadurch der Blick über den Tellerrand erleichtert.⁴³ Diese Offenheit ist gerade angesichts der hier beschriebenen Möglichkeiten einer Neuesten Militärgeschichte, die zunehmend mit digitalen Quellen arbeitet, von großer Bedeutung. Dennoch ist in der deutschen militärgeschichtlichen Forschung

³⁹ Dreist, *Rules of Engagement*, S. 45. Zur Entsendung der Flugabwehrraketensysteme vgl. die Erklärung der Bundesregierung zur Lage in der Golfregion. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/2, 14.1.1991. Der Einsatz zur Überwachung und Durchsetzung der UN-Embargoresolutionen begann mit zwei eigenständigen Operationen der NATO, »Maritime Monitor«, und der WEU, »Sharp Vigilance«. Vgl. Schiel, *Operation »Sharp Guard«*, S. 165; Ropers, *Embargo-Überwachung in der Adria*, S. 103 und 109.

⁴⁰ Chiari, *Krieg als Reise?*, S. 17.

⁴¹ Buschmann/Carl, *Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges*, S. 11.

⁴² Vgl. Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, S. 72.

⁴³ Showalter, *Militärgeschichte als Operationsgeschichte*, S. 124 f.

unverändert eine merkwürdige Distanz gegenüber militärischem Handeln als Untersuchungsgegenstand zu beobachten.⁴⁴ Die ersten militärgeschichtlichen Sammelbände und Aufsätze, die sich mit deutschen Streitkräften nach 1990 befassten, widmeten sich zunächst gesellschaftlichen, verfassungsrechtlichen und sicherheitspolitischen Fragen. Die wenigen Beiträge, die das Militär im Fokus hatten, waren von Ausnahmen abgesehen, zunächst keine geschichtswissenschaftlichen Aufsätze, oft von Soldaten verfasst und eher militärfachlicher Natur.⁴⁵ Die Ausklammerung dieses Gegenstandes wurde auch in der ersten historiografischen Monografie zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr fortgesetzt. Ihr Verfasser Klaus Naumann thematisiert zwar die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf militärisches Handeln in seiner 2008 erschienenen Arbeit »Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen«, kann dieses Thema in Ermangelung eines quellenbasierten Zugriffs auf das Militärische jedoch nicht vertiefend analysieren.⁴⁶ Die Auswirkungen auf die Gesamtorganisationen bleiben infolgedessen weitgehend unberücksichtigt. Seine Überlegungen hat Naumann in seinem 2013 erschienenen Buch »Der blinde Spiegel« fortgeführt, in dem er den durch die Beteiligung an der International Security Assistance Force (ISAF) in der deutschen Sicherheitspolitik ausgelösten Veränderungen nachspürt.⁴⁷ Letztendlich geht es in beiden Büchern darum, welche Entscheidungsprozesse für das Entstehen deutscher Sicherheitspolitik relevant sind und welchen Interessen und Zielen sie folgt. Dabei attestiert er der deutschen Bundesregierung eine mangelnde Strategiefähigkeit. Naumann ist sich der Bedeutung der Wechselwirkungen zwischen außenpolitischer Logik und militärischem Planungshorizont und deren Einfluss auf das militärische Handeln im Einsatzland durchaus bewusst⁴⁸ und liefert damit wichtige Anknüpfungspunkte. Die vorliegende Arbeit geht aber darüber hinaus, indem sie basierend auf Archivquellen die Wechselwirkungen zwischen außenpolitischem Denken und militärischem Planungshorizont untersucht.

Nach einer fast zehnjährigen Anlaufphase nach dem oben beschriebenen Diskurs über die Zukunft der Militärgeschichte als Forschungsdisziplin stellte der Sammelband »Armee im Einsatz« eine erste wichtige Wegmarke der historiografischen Untersuchung der Auslandseinsätze der Bundeswehr dar. Ohne die Sicht auf das rein Nationale zu verengen, werden darin die Auslandseinsätze der Bundeswehr aus verschiedenen Blickwinkeln und eingebettet in den außen- und innenpolitischen Kontext deutscher Sicherheitspolitik analysiert. Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen nehmen sich darin erstmals einer Kontextualisierung und Systematisierung der Aus-

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 125; Chiari, Krieg als Reise?, S. 18.

⁴⁵ Armee im Einsatz; Am Rande Europas?; Die Bundeswehr 1955 bis 2005; Entschieden für Frieden.

⁴⁶ Naumann, Einsatz ohne Ziel?

⁴⁷ Naumann, Der blinde Spiegel.

⁴⁸ Naumann, Einsatz ohne Ziel?, S. 48-50.

landseinsätze der Bundeswehr und ihrer verschiedenen Aspekte an.⁴⁹ Nach dieser ersten Standortbestimmung einer gegenwartsnahen historischen Analyse der Bundeswehrmissionen, trieb die 52. Internationale Tagung für Militärgeschichte (ITMG) des damaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) diese Entwicklung weiter voran. Der daraus resultierende Sammelband »Auftrag Auslandseinsatz« fächert die verschiedenen Aspekte und Forschungsfelder Neuester Militärgeschichte wie den gesellschaftlichen und politischen Rahmen, den Wandel, die Einsätze der Bundeswehr, soldatische Motivation, methodische Fragen wie auch die Quellenproblematik auf. Damit erfolgte in Deutschland überhaupt die erste historiografische Verortung, Eingrenzung und Benennung der zeitgeschichtlichen Themen zur Erforschung der Bundeswehr nach 1990 als »Neueste Militärgeschichte«, wobei diese programmatisch über die Erforschung der Auslandseinsätze der Bundeswehr hinausging.⁵⁰ Angesichts zeitgenössischer tagesaktueller Fragen mag es nicht verwundern, dass der Band dennoch sehr stark auf die Auslandseinsätze, vor allem den ISAF-Einsatz fokussiert. Doch auch hier gab es jenseits der abstrakten Formulierung noch keine Hinweise auf konkrete Zugänge zur »Black Box« Bundeswehr.

Das begann sich mit dem von Bernhard Chiari entwickelten Projekt über die Provincial Reconstruction Teams (PRT) in Afghanistan, das als Ergebnis der Villa Vigoni Konferenz »On the Road towards European Armed Forces? Changes of National Security Cultures between Homeland Defence and Missions abroad since 1991« entstanden war, zu ändern.⁵¹ Der 2014 erschienene Sammelband »From Venus to Mars?« untersucht anhand der PRTs als analytischem Orientierungspunkt die Funktionsweise des ISAF-Einsatzes und analysiert dabei die Rolle des vernetzten Ansatzes für solche Missionen.⁵² Dadurch werden interessante Einblicke und Auskunft über die Dynamik internationalen Zusammenwirkens sowohl zwischen multinationalen Streitkräften und ziviler Aufbauhilfe als auch zwischen militärischen und zivilen Vertretern der PRTs ermöglicht.

Die 2014 publizierte Arbeit »Historical Experience. Burden or Bonus in Today's Wars? The British Army and the Bundeswehr in Afghanistan« von Eric Sangar ist ein gutes Beispiel dafür, wie sehr die Unterteilung wissenschaftlicher Disziplinen, Subdisziplinen und Forschungsfelder im Fluss ist und wie flexibel sich einzelne Untersuchungsgegenstände durchaus in überlappenden Bereichen bewegen können.⁵³ Sangar untersucht die Bedeutung historischer Erfahrungen als Lehren der britischen Streitkräfte und der Bundeswehr für die operative Umsetzung ihrer Beteiligung am ISAF-

⁴⁹ Armee im Einsatz.

⁵⁰ Chiari, *Krieg als Reise?*, S. 14.

⁵¹ *From Venus to Mars?*

⁵² Der »vernetzte Ansatz« bezeichnet das konzertierte Zusammenwirken verschiedener ziviler und militärischer Maßnahmen zur langfristigen Stabilisierung der Sicherheitslage eines Einsatzlandes. Dabei liegt das Gewicht deutlich auf dem zivilen Handeln.

⁵³ Sangar, *Historical Experience*.

Einsatz. Die Untersuchung stützt sich dabei auf publizierte Quellen und auf Sekundärliteratur. Methodisch basiert sie auf über 40 Interviews mit britischen und deutschen Fachleuten sowie Offizieren auf qualitativer Empirie und bedient sich des Vergleichs der Streitkräfte zweier NATO-Truppensteller des ISAF-Einsatzes, die in der Vergangenheit außenpolitische Interessen auch unter Einsatz ihres Militärs in Afghanistan verfolgten und sich damit idealerweise für eine komparative Studie anbieten.

Insgesamt ist in der angloamerikanischen Geschichtswissenschaft im Vergleich zur deutschen Militärgeschichte ein ungezwungenerer Umgang sowohl hinsichtlich der Wahl gegenwartsnaher Desiderate als auch der Einbindung konkreten militärischen Handelns in deren Untersuchung zu beobachten. Inzwischen liegen fundierte Forschungsergebnisse zu den Ursachen der Konflikte auf dem Balkan und den folgenden internationalen Bewältigungsversuchen einschließlich der militärischen Missionen vor. Dabei ist zu beobachten, dass in der gegenwartsnahen Militärgeschichte neben einer eher klassischen Historiografie, die sich den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenhängen der Konflikte und der Mechanismen zu deren Bewältigung widmet, ohne jedoch die militärische Perspektive auszuklammern,⁵⁴ eine an politisch-strategischen oder operativen Anwendungsmöglichkeiten orientierte Forschung zu finden ist. Dahinter steht ein anderes, eher funktionales Verständnis der Militärgeschichte als in Deutschland.⁵⁵ Während Historiker, die sich stärker operativen Themen widmen, meist an den Lehreinrichtungen der Streitkräfte forschen, sind es oft noch Politikwissenschaftler, die sich den politisch-strategischen Fragen zuwenden und neben ihrer universitären Tätigkeit auch für Regierungsprojekte oder für Thinktanks arbeiten.⁵⁶

So untersuchten Ivo Daalder und Michael O'Hanlon bereits ein Jahr nach dem Ende des Luftkrieges am Beispiel der US-amerikanischen Beteiligung am Kosovo-Konflikt die Frage, welche Beziehungen, Dynamiken und Prozesse für das Akteursverhalten der USA verantwortlich waren, und nahmen dabei die Wechselwirkungen zwischen politischem Prozess und militärischen Operationen in den Blick.⁵⁷ Wenige Jahre später analysierte der US-amerikanische Luftwaffenoffizier Mark Bucknam am Beispiel des Bosnienkrieges die Funktionsweise der NATO-Luftoperationen hinsichtlich der Wechselwirkungen von militärischem Denken und Verfahrensabläufen mit Blick auf ihre Effektivität.⁵⁸ Der niederländische Historiker Thijs Zaalberg widmete sich der Funktion des Militärs in Stabilisierungsoperationen.

⁵⁴ Vgl. Biondich, *The Balkans*; Lampe, *Yugoslavia as History*.

⁵⁵ Zum Verständnis und Erkenntnisinteresse angloamerikanischer Militärgeschichtsforschung vgl. auch Strachan, *Clausewitz's On War*, S. 1-28.

⁵⁶ Bereits 1995 untersuchte der Politikwissenschaftler Richard Betts u.a. anhand der US-amerikanischen Beteiligung an der Operation »Desert Storm« den Bereitschaftsgrad von Streitkräften - eine Perspektive, die er als analytischen Zugang zu US-amerikanischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik wählte: Betts, *Military Readiness*.

⁵⁷ Vgl. Daalder/O'Hanlon, *Winning Ugly*.

⁵⁸ Vgl. Bucknam, *Responsibility of Command*.

Anhand mehrerer Fallbeispiele analysierte er die veränderte Rolle des Militärs nach dem Ende des Kalten Krieges, so auch am Beispiel des Kosovo-Konflikts. Dabei zeigte er, wie schwierig klassisches, am Besiegen eines Gegners orientiertes militärisches Handeln von den darüber hinaus reichenden vielfältigen Aufgaben einer Stabilisierungsoperation zu trennen ist.⁵⁹ Der US-amerikanische Berufsoffizier Robert Gregory verglich in seiner im Jahr 2015 publizierten Arbeit die Luftoperationen der USA während des Kosovo-Konflikts mit denen in Libyen im Jahr 2011. Er kam zu dem Schluss, dass politische Ziele und Vorgaben allein durch Luftschläge nicht umsetzbar seien. Dafür sind, so Gregory, zusätzlich Bodentruppen notwendig.⁶⁰

Eine umfassende Aufarbeitung des ISAF-Einsatzes in Afghanistan steht allerdings auch in der angloamerikanischen historischen Forschung erst am Anfang.⁶¹ Vor dem Hintergrund der mit dem Einsatz militärischer Mittel zur Stabilisierung afghanischer Staatlichkeit gemachten Erfahrungen der westlichen Staaten wird in der öffentlichen Debatte nach der Sinnhaftigkeit des Ansatzes der ISAF gefragt.⁶² In der Folge setzt sich auch die aktuelle historische Forschung im englischen Sprachraum mit dieser Frage auseinander.

Mit einem ähnlichen, jedoch weiterreichenden Ansatz als bei Sangar widmet sich das Netzwerk-Projekt »Understanding Insurgencies: Resonances from the Colonial Past« des Departments of History an der Universität Exeter mit der kolonialen Aufstandsbekämpfung den historischen Wurzeln gegenwärtigen militärischen Handelns zur Bewältigung »Neuer Kriege«. Parallel dazu werden die Ursprünge einer als transnational begriffenen Mobilisierungsdynamik von Gruppen und daraus resultierender Aufstandsbewegungen untersucht und an das jeweils zeitgenössische militärische Handeln zu deren Bewältigung rückgebunden.⁶³

Damit beginnt die militärgeschichtliche Forschung im englischen Sprachraum auf der Grundlage politikwissenschaftlicher, die Gegenwart analysierender Forschung, wie etwa der grundlegenden Untersuchung Mary Kaldors zu den Neuen Kriegen,⁶⁴ mit einer Historisierung dieser Ergebnisse.

b) Militärsoziologie

Bereits im April 2013 identifizierte das elfte »Berliner Colloquium zur Zeitgeschichte« weitere Desiderate bei der Erforschung von Streitkräften im Zeitalter der »New Wars«. Aus einer erweiterten internationalen Perspektive

⁵⁹ Zaalberg, *Soldiers and Civil Power*.

⁶⁰ Gregory, *Clean Bombs and Dirty Wars*.

⁶¹ Farrell, Theo, *Unwinnable. Britain's war in Afghanistan, 2001-2014*, London 2017.

⁶² *New and Noteworthy Books on Military History, from Afghanistan to Waterloo*. In: *The New York Times*, 26.5.2017.

⁶³ University of Exeter, History, Projects, *Understanding Insurgencies: Resonances from the Colonial Past* <<https://humanities.exeter.ac.uk/history/research/projects/>> (letzter Zugriff 22.3.2018).

⁶⁴ Vgl. Kaldor, *New and Old Wars*.

setzten sich Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen aus acht Ländern mit den gesellschaftlichen, politischen und militärinternen Diskursen über Neue Kriege und deren Auswirkung auf Wahrnehmung und Narrative vorangegangener Kriege, wie etwa dem Zweiten Weltkrieg, auseinander. Als Kernthemen wurden das zivil-militärische Verhältnis und die Debatten über Soldatenidentitäten ausgemacht.⁶⁵ Problematisch schien auch, dass sich die von der Bundeswehr überwiegend selbst betriebene Militärsoziologie⁶⁶ vorwiegend mit normativen Fragen deutscher Streitkräfte nach 1990 und ihrer Auslandseinsätze beschäftigt habe.

Dass bis 1990 Fragen, welche die Bundeswehr selbst betrafen, im Fokus militärsoziologischer Forschung standen, wie die Sozialisation Wehrpflichtiger, die Rolle von Soldatinnen, von Offizieren und Unteroffizieren in der Bundeswehr oder von politischer Bildung und lebenskundlichem Unterricht entsprach dem Verständnis einer ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung aufgestellten Wehrpflichtarmee.⁶⁷ Im Gegensatz dazu diente die Militärsoziologie in der US-amerikanischen Forschung stärker als Instrument einer Kampfwertsteigerung der Streitkräfte.⁶⁸

In dem Maße, wie sich die Bundeswehr nach 1990 durch die Übernahme von Teilen der NVA, durch die neuen Aufgaben und die sich verändernde Rolle von NATO und WEU sowie die Entsendung deutscher Soldaten in Auslandseinsätze auf verschiedenen Ebenen zu wandeln begann, in dem Maße, wie der parallel dazu laufende gesellschaftliche Diskurs über die künftige Rolle der Bundeswehr Fragen aufwarf, änderten sich auch die Forschungsfragen der Militärsoziologie. In der Folge beschäftigte sie sich bereits früh und zunehmend mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Aber auch hier basierten die meisten Beiträge nicht auf einem empirischen Fundament, vielmehr befassten sie sich mit der eher normativ geprägten Frage, wie ein Soldat sein sollte. Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen stand dabei das Bild eines Soldaten, der in den antizipierten Post-conflict-Szenarien in erster Linie nicht mehr als Kämpfer, sondern eher als Mittler zwischen den Konfliktparteien, als Arbeiter für den Frieden agieren sollte.⁶⁹ Wie

⁶⁵ Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, S. 64.

⁶⁶ Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SoWi) entstand 1974 in München und wurde 2012 in Strausberg aufgelöst. 2013 ging das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam aus SoWi und dem ebenfalls 2012 aufgelösten Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) hervor.

⁶⁷ Gleichwohl nahmen Bundeswehrsoldaten bereits seit 1960 an Hilfseinsätzen bei humanitären Katastrophen, wie 1960 beim Erdbeben in Marokko, beim Hochwasser von 1963 in Algerien, den Erdbeben in Pakistan 1975 und der UdSSR 1988, bei Dürrekatastrophen in Afrika und Walbränden, teil. Dreist, *Die Auslandseinsätze der Bundeswehr*, S. 509. Für die Forschungsthemen des SoWi vgl. Publikationsverzeichnis des Sozialwissenschaftlichen Instituts.

⁶⁸ Vgl. Münch, *Die Bundeswehr in Afghanistan*, S. 14.

⁶⁹ Dörfler-Dierken, *Die Bedeutung der Jahre 1968 und 1981*, S. 87–93. Zum Diskurs über das Soldatenbild vgl. auch Bredow, *Kämpfer und Sozialarbeiter*; Kümmel, *Das soldatische Subjekt*.

Auslandseinsätze tatsächlich Soldatenidentitäten beeinflussen oder gar prägen, lässt sich aber mit normativ-theoretischen Ansätzen nicht beantworten.⁷⁰

Anja Seiffert war eine der ersten, die sich der Binnenansicht dieser Missionen widmete. In den Jahren 1998/99 befragte sie hunderte Angehörige des SFOR-Kontingents und arbeitete die Heterogenität soldatischer Identität heraus.⁷¹ Ihre Ergebnisse zeigten, dass trotz einer vom zivilen Umfeld geprägten Werte- und Normenwelt das Selbstverständnis von Soldaten auch von situativen Faktoren der Gruppendynamik und von den Erfahrungen im Einsatzgebiet geprägt wird.⁷² Aber auch bei dieser Arbeit, ebenso wie bei der Studie zum KFOR-Einsatz von Heiko Biehl, Ulrich vom Hagen und Reinhard Mackewitsch,⁷³ die sich primär mit der Einsatzmotivation von Soldaten beschäftigten, stand militärisches Gewalthandeln noch nicht explizit im Fokus.

Dies änderte sich erst mit der Eskalation der Gewalt im deutschen Verantwortungsbereich in Nordostafghanistan im Rahmen des ISAF-Einsatzes und der kaum zu ignorierenden Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfhandlungen und immer öfter auch den zu beklagenden Gefallenen. Die Studie von Anja Seiffert und Julius Heß am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw, vormals MGFA und SoWi) zum 22. ISAF-Kontingent, die empirische Einblicke in das Innenleben der Truppe in einem riskanten Auslandseinsatz lieferte, reflektiert diese Entwicklung. Die Ergebnisse der Studie wurden in verschiedenen Beiträgen 2012, 2014 und 2019 veröffentlicht.⁷⁴

Die darin gewonnenen Erkenntnisse fließen als Hintergrund in die vorliegende Arbeit mit ein. In dieser wird gezeigt, auf welche Weise sich das deutsche außen- und sicherheitspolitische Akteursverhalten in der konkreten Entsendung von Bundeswehreinheiten manifestierte: in ihrer Struktur, Dislozierung, ihrem Auftrag und in dessen Umsetzung. Die Darstellungen des Kampfeinsatzes deutscher Tornadobesatzungen im Rahmen der NATO-Operation »Allied Force« und des anschließenden Stabilisierungseinsatzes der KFOR ermöglichen erste Einblicke in die soldatische Erlebniswelt vor Ort. Auf diese Weise möchte die vorliegende militärgeschichtliche Arbeit einen Beitrag zur Erforschung konkreten militärischen Handelns im Kontext politischer Entscheidungen leisten und etwas Licht in die »Black Box« werfen.⁷⁵

⁷⁰ Mit Bezug auf die französische Diskussion wies Laurent Henniger auf dem elften »Berliner Colloquium zur Zeitgeschichte« darauf hin, dass der Einfluss der Auslandseinsätze auf die soldatische Identität, verkannt wird. Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, S. 66. Zum wissenschaftlichen Diskurs über die Erforschung soldatischer Identität und zum Forschungsstand siehe ebd., S. 66–73.

⁷¹ Seiffert, *Soldat der Zukunft*.

⁷² Ebd., S. 173, 224, 231, 288.

⁷³ Biehl/Hagen/Mackewitsch, *Motivation von Soldaten im Auslandseinsatz*.

⁷⁴ Vgl. Seiffert/Heß, *Afghanistanrückkehrer*; vgl. Seiffert, *Generation Einsatz*; *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan*.

⁷⁵ Zur Problematisierung der Nichtbeachtung der Binnensicht von Streitkräften, ihrer operativen Aufgaben und ihrer Ausbildung vgl. Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, S. 72.

c) Politikwissenschaften

Die Politikwissenschaften begannen sich in Deutschland mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr als Gegenstand ihrer Forschung bereits seit 1990 auseinanderzusetzen. Im Fokus standen dabei neben politisch-strategischen hauptsächlich Fragen nach der Legitimation der Einsätze.⁷⁶ Aber erst Ende der 1990er Jahre wurde auch militärisches Handeln Teil dieser Analysen.⁷⁷ Mit den Neuen Kriegen tauchten neue Fragestellungen auf: Der Umgang mit dieser Mischung aus kriegerischer Gewalt, organisierter Kriminalität und massiver Menschenrechtsverletzungen löste den Fokus auf das symmetrische Bedrohungsszenario des Kalten Krieges ab und stellte die internationalen Akteure vor ganz neue Herausforderungen. Die Untersuchungen zu den Neuen Kriegen widmeten sich dabei verschiedenen, vielfältig ineinandergreifenden Aspekten dieses hochkomplexen Phänomens der überwiegend innergesellschaftlichen Krisen und Konflikte der Gegenwart. Durch die Erklärung der diesen gegenwärtigen Kriegen innewohnenden Logik sollten sowohl der Forschung Wege gewiesen, als auch der Politik Orientierung geboten werden.⁷⁸ Besonders hervorzuheben ist hier die Politikwissenschaftlerin Mary Kaldor, die in ihrem grundlegenden Werk zu den Neuen Kriegen »New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era«⁷⁹ zu der Schlussfolgerung gelangt ist, dass die Mischung aus Krieg und Kriminalität und deren typische Ökonomie andere internationale Konfliktlösungsmechanismen verlangen⁸⁰ als jene, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten.

Jenseits solcher Forschung finden sich auch historisierende Arbeiten, die den Fokus auf außenpolitisches Akteursverhalten legen.⁸¹ Einen weiteren Forschungsschwerpunkt bilden die oft als eine Art Bestandsaufnahme und daher zunehmend in Form von Lehrbüchern erschienenen Publikationen zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nach 1990.⁸² Widmeten sich Untersuchungen zur Epochenwende am Ende des Kalten Krieges eher der Frage von Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Außen- und

⁷⁶ Vgl. Nikutta/Thomas, Die BRD als »normale« militärische Mittelmacht?; Nikutta/Thomas, Vor einer neuen Interventionspolitik; Bredow, Die Zukunft der Bundeswehr.

⁷⁷ Vgl. Kosovo; Friedrich, Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt; Meiers, Zu neuen Ufern? Diesen Publikationen ist gemein, dass sie konkretes militärisches Handeln darstellen und in ihre Analyse mit einbeziehen.

⁷⁸ Kaldor, In Defence of New Wars, S. 1. Für die Thematisierung der Neuen Kriege im deutschsprachigen Raum vgl. Münkler, Die neuen Kriege; zur Entwicklung der Kriege: Creveld, Die Zukunft des Krieges.

⁷⁹ Kaldor, New and Old Wars.

⁸⁰ Kaldor, In Defence of New Wars, S. 14.

⁸¹ Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland; Münkler, Die neuen Kriege.

⁸² Ein Überblick über die Forschung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik findet sich in: Deutsche Sicherheitspolitik. Herausforderungen, Akteure und Prozesse; grundlegend mit einem sehr guten Überblick früherer Forschung: Deutschlands neue Außenpolitik, Bd 4: Institutionen und Ressourcen; Bd 3: Interessen und Strategien; Bd 2: Herausforderungen; Bd 1: Grundlagen.

Sicherheitspolitik,⁸³ rückten mit dem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld beim Wechsel zur rot-grünen Bundesregierung andere Themen in den Fokus. Neben dem parteipolitischen Machtwechsel fand auch ein Generationenwechsel statt, und es stellte sich die Frage nach den Auswirkungen dieser Politik.⁸⁴

Die theoretisch orientierte Forschung nach 1990 stellt ein weiteres wichtiges politikwissenschaftliches Forschungsfeld dar. Sie ist in einem weiteren Sinne vor allem von einer konstruktivistisch ausgerichteten Forschungsagenda deutscher Außen- und Sicherheitspolitik geprägt.⁸⁵ Ein wesentlicher Grund dieser Ausrichtung liegt in der Schwierigkeit neorealistic Ansätze, deutsches außen- und sicherheitspolitisches Akteursverhalten vorwiegend mit Hilfe interessengesteuerten Agierens zu erklären. Im Gegensatz dazu ist der konstruktivistische Ansatz durch die Analyse prozesshafter Entwicklungen in der Lage, außenpolitisches Handeln auf historisch gewachsene kollektive Identitäten zurückzuführen. Der Zugang über die Erforschung der Konstruktion von Identitäten ermöglicht ihr, die Kontinuität deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges trotz massiver Veränderungen des internationalen Umfeldes verständlich zu machen. Die für die vorliegende Studie zentrale Frage nach der sicherheitspolitischen Identität Deutschlands orientiert sich an diesen Forschungen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf den sogenannten CNN-Effekt hinzuweisen, der zwar nicht im Fokus dieser Arbeit steht, aber gerade für die innenpolitische Debatte über die Legitimation von Auslandseinsätzen nicht zu vernachlässigen ist. Darüber, dass der »CNN-Effekt« eine große Rolle für die Entscheidung der internationalen Akteure in den Kosovo-Konflikt einzugreifen spielte, besteht Konsens in der politik- und geschichtswissenschaftlichen Forschung.⁸⁶ Umso erstaunlicher ist es, dass die Medien als wichtige Größe internationaler Interventionen und Neuer Kriege bisher noch nicht stärker in den Fokus der Forschung gerückt sind.⁸⁷

⁸³ Vgl. Schwarz, Republik ohne Kompaß; Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

⁸⁴ Vgl. Maull, Germany's Uncertain Power; Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz; Hellmann, Sag beim Abschied leise servus; Zur rot-grünen Außen- und Sicherheitspolitik aus historischer Perspektive vgl. Wolfrum, Rot-Grün an der Macht.

⁸⁵ Overhaus, Die deutsche NATO-Politik, S. 37 f. Zur Diskussion theoretischer Forschungsansätze vgl. Baumann, Der Wandel des deutschen Multilateralismus; zur deutschen politischen Kultur vgl. Longhurst, Germany and the use of force; Duffield, World Power Forsaken.

⁸⁶ Shea, Modern Conflicts, S. 98 f.; vgl. Wolfrum, Rot-Grün an der Macht, S. 101; Joetze, Der letzte Krieg in Europa?, S. 120 f.; Calic, Geschichte Jugoslawiens, S. 318 f.; Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, S. 345–347. Zur Rolle der Medien in der demokratischen Politik vgl. Rödder, 21.0, S. 241–244; Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 917 f.

⁸⁷ Vgl. Loch, Zur Rolle der Medien in asymmetrischen Konflikten. Der Aufsatz bietet zudem einen sehr guten Überblick über den Forschungsstand. Zur Rolle von Öffentlichkeit, Journalismus und Public Relations im sicherheitspolitischen Diskurs seit dem Ende des Kalten Krieges vgl. Löffelholz, Kriegsberichterstattung; zur Analyse der

Wie weiter oben bereits für die Militärgeschichte dargelegt wurde, sind dabei die Übergänge zwischen den Disziplinen und Ansätzen weder als starr noch als verengt zu begreifen. Schließlich generieren sich im Verständnis dieser Arbeit die durch die Politik perzipierten und formulierten Interessen aus einer historisch gewachsenen kollektiven Identität und drücken sich in einem von Normen und Werten beeinflussten Akteursverhalten aus.⁸⁸

Eine Ausnahme vom konstruktivistischen Ansatz stellt dagegen die politisch-historische Habilitationsschrift von Franz-Josef Meiers dar.⁸⁹ Sie untersucht im Wesentlichen die Bestimmungsfaktoren deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik im ersten Jahrzehnt nach der deutschen Einheit. Dabei formuliert der Autor vier zentrale Problemfelder deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik: den Aufbau einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die Anpassung der NATO hinsichtlich Strategie, Struktur und künftigen Kernaufgaben, die Auslandseinsätze sowie die Reform der Bundeswehr. Damit ist Meiers' Arbeit nicht nur eine der wenigen frühen Untersuchungen, die auch deutsche Streitkräfte zum konkreten und zentralen Untersuchungsgegenstand haben. Sie leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Theoriediskussion in ihrer Disziplin, indem sie die Erwartungen der vier Denkschulen internationaler Beziehungen, nämlich des defensiven Neorealismus, rationalen Institutionalismus, demokratischen Liberalismus und Sozialkonstruktivismus, an das deutsche Akteursverhalten rückbindet und mittels der genannten vier Problembereiche analysiert. Meiers gelangt in seiner überwiegend auf die Analyse veröffentlichter Dokumente gestützten Arbeit zu dem Schluss, dass die Handlungsmaximen und Prinzipien deutscher Außenpolitik auch unter den grundlegend veränderten Bedingungen des internationalen Umfeldes ihre Gültigkeit behalten haben.⁹⁰

Allerdings bestimmen gesellschaftliche Anforderungen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel stärker als noch vor 1990. Das wirkt sich auf das deutsche Akteursverhalten in der Hinsicht aus, dass Deutschland zusammen mit Frankreich oder den USA eine gestaltende Mitführungsrolle bei der Stärkung der institutionell-politischen Aspekte der GSVP oder der Umgestaltung der NATO zu einem Instrument europäischer Sicherheitspolitik übernimmt, sich aber, sobald es um den konkreten Einsatz des Militärs geht, sichtbar zurückhält.⁹¹

Angesichts der zahlreichen verschiedenen Forschungsthemen zur NATO als einem weiteren, für diese Arbeit wichtigen Feld, soll an dieser Stelle lediglich auf die Untersuchungen zur Europäisierung der Allianz, also der engen Verflechtung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität

Kosovo-Diskussion der Intellektuellen in Deutschland vgl. Gritsch, Inszenierung eines gerechten Krieges?

⁸⁸ Vgl. Overhaus, Die deutsche NATO-Politik, S. 39; Germany as a Civilian Power?

⁸⁹ Meiers, Zu neuen Ufern?

⁹⁰ Ebd., S. 351.

⁹¹ Ebd., S. 353 f.

(ESVI) mit der NATO, verwiesen werden. Deutschland spielte bei diesem Prozess eine sehr aktive, die Europäisierung vorantreibende Rolle.⁹²

Zu guter Letzt ist noch die Arbeit von Marco Overhaus hervorzuheben, die am Beispiel des NATO-Transformationsprozesses untersucht, inwieweit Deutschland seinen nach dem Ende des Kalten Krieges vergrößerten Handlungsspielraum in ein gestaltendes Akteursverhalten umsetzte. Er kommt zu dem Schluss, dass die Bundesregierung trotz der Veränderungen des internationalen Umfelds nach einem relativ konstanten Muster handelte und bei politischen Fragen und Fragen der europäischen oder internationalen Ordnung einen hohen Gestaltungswillen zeigte. Im Fall von militärischen Interventionen attestiert Overhaus der Bundesregierung hingegen einen niedrigen bis passiven, in einigen Fällen sogar negativen Gestaltungswillen.⁹³ Die Analyse der vorliegenden Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Befund anhand quellenbasierter geschichtswissenschaftlicher Forschung zu überprüfen.

d) Forschungen zu Jugoslawien

Eine Arbeit, die sich mit der Rolle Deutschlands im Kosovo-Konflikt beschäftigt, wird sich zwangsläufig auch näher mit den Ursachen und Merkmalen dieses Konflikts auseinandersetzen müssen. Interessanterweise wurde die Geschichte Jugoslawiens im Allgemeinen und des Kosovo im Besonderen bis zu Josip Broz Titos Tod im Jahr 1980 historiografisch kaum untersucht.⁹⁴ Erst die jugoslawischen Zerfallskriege hatten eine Flut von Büchern und Aufsätzen zur Folge, die sich allerdings entweder mit Aspekten des Bürgerkrieges, wie etwa »ethnischen Säuberungen« und Konfliktbewältigungsmechanismen, beschäftigen oder nach den Ursachen eines Scheiterns des jugoslawischen Vielvölkerstaates suchen.⁹⁵ Die beiden nach dem Beginn

⁹² Overhaus, Die deutsche NATO-Politik, S. 39; Theiler, Deutschland und die NATO, S. 349 f.; Meiers, Zu neuen Ufern?, S. 217-244.

⁹³ Overhaus, Die deutsche NATO-Politik, S. 342-354.

⁹⁴ Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, S. 11.

⁹⁵ Vgl. Biondich, The Balkans. Den Fokus dieser Monographie über die Geschichte des Balkans im Zeitraum von 1878 bis zur Gegenwart bildet die Erklärung der Kriege und Konflikte, die den Transformationsprozess der multiethnischen Reiche in moderne Nationalstaaten begleiteten; vgl. Am Rande Europas? Der Sammelband untersucht in 22 Beiträgen verschiedene Aspekte der Kriege und Konflikte auf dem Balkan vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Der Jugoslawienkrieg. In diesem Sammelband setzen sich Wissenschaftler verschiedener Disziplinen mit der jugoslawischen Geschichte, Kultur, Identität, Verlauf und Folgen des Jugoslawienkrieges auseinander. Lampe, Yugoslavia as History. John Lampes Historisierung Jugoslawiens beginnt bereits bei den mittelalterlichen Wurzeln der jugoslawischen Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts. Woodward, Balkan Tragedy. Susan Woodwards Untersuchung des Bosnienkrieges dient vor allem der Analyse der Entwicklung des internationalen Positionierungsprozesses und von Konfliktlösungsmechanismen nach dem Ende des Kalten Krieges. Calic, Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina. In der deutschsprachigen Forschung untersucht Marie-Janine Calic die Ursachen und den Verlauf des Bosnienkrieges.

der jugoslawischen Zerfallskriege entstandenen geschichtswissenschaftlichen Gesamtdarstellungen in deutscher Sprache stellen die Geschichte Jugoslawiens als einen facettenreichen Prozess dar.⁹⁶ Natürlich spielen auch hier die Zerfallskriege eine wichtige Rolle. Schließlich rangen nicht nur die unmittelbar betroffenen Mitlebenden um Erklärungen dieser blutigen Kriege und der außergewöhnlichen Verbrechen im Europa an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Vor allem für die europäischen Staaten und ihre transatlantischen Partner stellte der Umgang mit den Kriegen und Konflikten im ehemaligen Jugoslawien in vielerlei Hinsicht eine ganz grundsätzliche Herausforderung dar. Daher stellt die Erklärung wie ganz normale Menschen⁹⁷ die außergewöhnlichen Verbrechen dieser Kriege begehen konnten, als Frage der Gegenwart an die Zeitgeschichte den Orientierungspunkt von Holm Sundhaussens »Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen« dar. Bereits der Titel verrät, dass es hierbei nicht um die Zwangsläufigkeit historischer Entwicklungen geht. Vielmehr ist »[d]ie Geschichte Jugoslawiens [...] ein Lehrstück des Alltäglichen, der Banalität.«⁹⁸

Hervorzuheben ist besonders die politisch-historische Habilitationsschrift von Rafael Biermann, die sich mit dem Kosovo-Konflikt als Forschungsgegenstand *sui generis* beschäftigt.⁹⁹ Im Kern wird die internationale Kosovo-Politik der Milošević-Jahre von 1986/87 bis zur Konflikteskalation im Frühjahr 1998 analysiert. Dazu untersucht der Autor auch die Ursprünge innenpolitischer Konfliktlinien, um die komplexen Abhängigkeiten und Wechselwirkungen innenpolitischer Entwicklungen und internationaler Einflussnahmen zueinander herauszuarbeiten. Er kommt zu dem Schluss, dass die zur Beendigung und Verhinderung der Eskalation des Kosovo-Konflikts notwendige Krisenprävention an einem unkoordinierten transatlantischen und innereuropäischen Konfliktverhalten scheiterte.¹⁰⁰ Daran anknüpfend geht die vorliegende Arbeit einen Schritt weiter und wird als eine wichtige Ursache für das Fehlen effektiver Konfliktlösungsmechanismen die

⁹⁶ Vgl. Sundhaussen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten*; vgl. Calic, *Geschichte Jugoslawiens*.

⁹⁷ In der Forschung über frühere Kriege, wie etwa über die Zeit des Zweiten Weltkrieges, wurde immer wieder versucht, Erklärungen für menschliches Verhalten jenseits gesellschaftlicher Normen zu finden. So untersuchte Christopher Browning am Beispiel der Taten des Reserve-Polizeibataillons 101 während des Holocausts die Frage, warum durchschnittliche Menschen durchaus zu grausamen Verbrechen befähigt sind, und arbeitete u.a. die Bedeutung des Gruppenzwangs für menschliches Verhalten in solchen Situationen heraus. Vgl. Browning, *Ganz normale Männer*. Die Forschungsergebnisse Sönke Neitzels und Harald Welzers bestätigen diese Einschätzung, basierend auf der Auswertung von 150 000 Seiten von Protokollen deutscher Kriegsgefangener, und zeigen die Bedeutung des Referenzrahmens der unmittelbaren »Peer-Group« auf Zug und Kompanieebene für das Verhalten deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Neitzel/Welzer, *Soldaten*.

⁹⁸ Sundhaussen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten*, S. 12.

⁹⁹ Vgl. Biermann, *Lehrjahre im Kosovo*.

¹⁰⁰ Ebd., S. 590.

These fundieren, dass der durch das Ende des Kalten Krieges ausgelöste Positionierungsprozess der KSZE-Staaten eine wichtige Rolle dafür spielte.

Inzwischen liegt eine große Anzahl verschiedener Publikationen zum Kosovo-Konflikt vor. Wie im Falle der Forschungen zu Jugoslawien im Allgemeinen, löste die Konflikteskalation im Frühjahr 1998 das Erscheinen einer großen Anzahl von Aufsätzen und Büchern aus. Besonders hervorzuheben ist die bereits erwähnte und im Jahr 2000 erschienene historisch-politische Monografie von Ivo H. Daalder und Michael E. O'Hanlon zu den Ursachen, Verlauf und Konsequenzen der US-amerikanischen Beteiligung am Kosovo-Konflikt.¹⁰¹ Als eine der ganz wenigen Arbeiten analysieren die Autoren, Mitglieder einer vom US-Verteidigungsministerium mit der Analyse des sicherheitspolitischen Umfelds beauftragten Kommission,¹⁰² auch die operative militärische Umsetzung der US-Außenpolitik und fragen, ob der Krieg mit der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) vermeidbar war und ob und inwiefern von einem Sieg der NATO gesprochen werden kann. Sie kommen zum Ergebnis, dass eine konsequente politische Linie der NATO, verbunden mit der glaubwürdigen Androhung der Luftschläge gegenüber der BRJ einen Krieg eher verhindert hätte als die von ihnen als brüchig wahrgenommene Drohkulisse. Nach Daalder und O'Hanlon hätte die Allianz darüber hinaus auch ihren Willen zum Einsatz von Kampftruppen am Boden deutlich machen müssen.¹⁰³

Einen sehr guten Zugriff auf den Konflikt bietet auch das im selben Jahr erschienene und gut recherchierte sowie facettenreiche Buch des Journalisten Tim Judah. Bei der Bewertung des Kosovo-Konflikts steht für ihn die Legitimitätsdebatte im Vordergrund. Er attestiert den westlichen Staaten weiterreichende Interessen als die Verhinderung einer humanitären Katastrophe und stellt die Legitimität der NATO-Intervention infrage.¹⁰⁴ Um eine ähnliche Perspektive geht es im Sammelband »The Kosovo Tragedy«. Wissenschaftler verschiedener Disziplinen wenden sich hier der Untersuchung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu und haben dabei einen an der Charta der Vereinten Nationen und den universalen Menschenrechten orientierten Verrechtlichungsprozess im Rahmen einer globalen Ordnung im Blick.¹⁰⁵ Ein normbildender Charakter einer einzigen NATO-Intervention als Alternative zu den nach Kapitel VII der UN-Charta mandatierten Einsätzen wird angezweifelt und auf die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung der Region jenseits staatlicher Interessen verwiesen.¹⁰⁶

¹⁰¹ Daalder/O'Hanlon, *Winning Ugly*.

¹⁰² Vgl. U.S. Commission on National Security/21st Century. Hart-Rudman Commission <www.au.af.mil/au/awc/awcgate/nssg/> (letzter Zugriff 6.12.2017).

¹⁰³ Daalder/O'Hanlon, *Winning Ugly*, S. 182 f.

¹⁰⁴ Judah, *Kosovo*, S. 307–309.

¹⁰⁵ *The Kosovo Tragedy*.

¹⁰⁶ Wheeler, *Reflections on the Legality*, S. 161; Herring, *From Rambouillet to the Kosovo Accords*, S. 242.

Auch in der deutschsprachigen Forschung erfuhr der Kosovo-Konflikt große Aufmerksamkeit. Inzwischen sind zahlreiche Sammelbände zu den politischen, historischen, menschenrechtlichen oder militärischen Aspekten dieses Konflikts erschienen.¹⁰⁷ Ihre Analysen bewerten die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wegen ihrer integrativen Strategie gerade auch im Vergleich zur französischen und britischen überwiegend als Erfolg, während die unilaterale Diplomatie der Regierungen in London und Paris eher kritisiert wird. Insbesondere wird die Rolle der deutschen Diplomatie bei der Wiederbelebung des spätestens mit dem Beginn der NATO-Luftangriffe festgefahrenen politischen Prozesses, also der wichtige deutsche Beitrag zu einer diplomatischen Lösung im Gegensatz zum stärker auf militärische Mittel fokussierten US-amerikanischen Akteursverhalten, hervorgehoben.¹⁰⁸ Hinsichtlich der militärischen Fähigkeiten problematisieren die Beiträge vor allem die Abhängigkeit der europäischen vom US-amerikanischen Militärpotenzial.¹⁰⁹ Aus ethisch-moralischer Perspektive bewerten die Beiträge die Luftschläge der Allianz und die deutsche Beteiligung daran meist als legitim. Gleiches trifft in der überwiegenden Mehrzahl für die völkerrechtliche Perspektive zu. Allerdings wird gleichzeitig die zukünftige Rolle der Vereinten Nationen bei Interventionen hervorgehoben und ein Bekenntnis zu humanitärer Verantwortung jenseits staatlicher Interessen, etwa innerhalb der NATO, angemahnt.¹¹⁰

Der Diplomat Günter Joetze hat seine intimen Kenntnisse der deutschen Außenpolitik im Kosovo-Konflikt sehr kenntnisreich aufgearbeitet. Nicht zuletzt thematisierte er die Chancen einer friedlichen Perspektive für Europa.¹¹¹ Wenige Jahre später legte der Politikwissenschaftler Roland Friedrich mit seiner Monografie eine Analyse des deutschen außen- und sicherheitspolitischen Akteursverhaltens unter Berücksichtigung der innenpolitischen Debatte vor. Er nutzte Kenntnisse aus seiner Zeit im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung dazu, auch die operative militärische Beteiligung der Luftwaffe zu thematisieren.¹¹² Im Kern ordnen diese Arbeiten den Kosovo-Konflikt als Lackmustest deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nach 1990 ein und als Anstoß wie Katalysator zur Weiter- oder gar Neuentwicklung geeigneter Instrumente internationaler Krisen- und Konfliktbewältigung.

¹⁰⁷ Vgl. Kosovo; Der Kosovo-Konflikt; Der Krieg um das Kosovo.

¹⁰⁸ Vgl. Krause, Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise, S. 119.

¹⁰⁹ Vgl. Pfoh, Eine Bilanz des Luftkriegs, S. 55 f.

¹¹⁰ Vgl. Eisele, Die Vereinten Nationen und Kosovo; Haynes, Die humanitäre Dimension der Kosovo-Krise, S. 100 f.

¹¹¹ Joetze, Der letzte Krieg in Europa?

¹¹² Friedrich, Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt.

4. Quellen

Die Beschäftigung mit militärgeschichtlichen Fragestellungen in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges bedeutet für Historikerinnen und Historiker immer auch, dass ihnen der Zugang zu allen Archivquellen wegen der bestehenden 30-jährigen Schutzfrist grundsätzlich verwehrt ist. Angesichts dessen lautet eine zentrale methodische Frage, welche Rolle dem Archivgut für die Forschung im Feld Neuester Militärgeschichte zukommt.

Im vorliegenden Fall formte der trotz mehrerer bewilligter Anträge auf die Verkürzung der Schutzfrist dennoch eingeschränkte Zugang zu Archivquellen die Operationalisierung des Forschungsgegenstandes. Diese Arbeit ist aber auch Beleg dafür, dass eine quellengesättigte geschichtswissenschaftliche Forschung innerhalb der Schutzfrist sehr gut möglich ist. Dennoch bestätigen die Erfahrungen des Autors, dass eine solche Quellenbasis, insbesondere mit zunehmender Gegenwartsnähe, bei Weitem nicht für alle Forschungsdesiderate Neuester Militärgeschichte zur Verfügung steht oder zugänglich ist.

Die vorliegende Arbeit basiert auf Aktenmaterial aus insgesamt sechs verschiedenen Archiven. Dabei handelt es sich überwiegend um Dokumente des Bundesarchivs, Abt. Militärarchiv (BArch, Abt. MA) in Freiburg und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA AA) in Berlin. Außerdem wurde Material aus vier Parteiarchiven genutzt: dem Archiv der Christlich Demokratischen Politik (ACDP) in Sankt Augustin, dem Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn, dem Archiv des Liberalismus (ADL) in Gummersbach und dem Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) in Berlin.

Die Archivarbeit im Feld der Neuesten Militärgeschichte bringt einige Besonderheiten mit sich. So waren der Zugang, die Sichtung und die Nutzung der Akten im vorliegenden Fall fast ausnahmslos nur mit Anträgen auf Verkürzung der Schutzfrist möglich. Für die im Bundesarchiv aufbewahrten Provenienzen des Bundesministeriums der Verteidigung liegt seit einigen Jahren eine Schutzfristverkürzung bis zum Geheimhaltungsgrad »Verschluss-sache – nur für den Dienstgebrauch« (VS-NfD) für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZMSBw vor. Im Archiv Grünes Gedächtnis ist der Zugang zu den Akten grundsätzlich offen. Ausgenommen davon sind das Material der laufenden und vorhergehenden Legislaturperiode sowie Nachlässe. Diese sind wiederum oftmals durch einen Antrag auf die Verkürzung der Schutzfrist nutzbar.

Da für die Überlieferung auch die Organisationsstruktur der abgebenden Stelle eine wichtige Rolle spielt, die wiederum häufig einer stetigen Veränderung unterliegt, sind ältere Quellenbestände durchaus lückenhaft oder jüngere mitunter gar nicht verfügbar. Zudem spielen bestimmte Modalitäten der Abgabepaxis eine Rolle bei der Genese eines Bestandes. Bei den Recherchen zur vorliegenden Arbeit zeigte sich im Fall des Bundesarchivs, dass die Bestände über die Beteiligung der Bundeswehr an den SFOR- wie auch KFOR-Operationen im Zeitraum der Jahre 1997 bis 2000 gut bis sehr

gut erschlossen waren, während etwa die Einsatztagebücher zur deutschen Beteiligung an der IFOR-Operation im Jahr 1996 dort nicht vorhanden waren.¹¹³ Vor allem hat aber die Komplexität der Genese von Auslandseinsätzen der Bundeswehr amorphe Überlieferungsstrukturen verursacht. Denn anders als die langfristig bestehenden Organisationsstrukturen im Szenario des Kalten Krieges, folgt die Form eines Einsatzkontingents den sich ständig ändernden politischen Rahmenbedingungen.¹¹⁴ Außerdem unterliegen auch gut erschlossene Einsätze weiteren Veränderungen hinsichtlich der Quellenlage. Aber auch andere politische Entscheidungen können sich auf die Überlieferung in den Archiven auswirken. So wurde durch die Strukturreform der Bundeswehr unter ihrem damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière und die damit verbundene Auflösung von Dienststellen im Jahr 2013 überdurchschnittlich viel Material an das Bundesarchiv abgegeben. Darunter befanden sich auch weitere Akten zur Operation »Allied Force« des Jahres 1999, sodass sich die Quellenlage zur Erforschung der Bundeswehr im Kosovo-Konflikt weiter verbesserte.¹¹⁵

Für Forschungen zu Themen Neuester Militärgeschichte bis zur Jahrtausendwende ist die Aktenlage von Ausnahmen abgesehen als gut zu bewerten. Dies gilt insbesondere für die Untersuchung des Kosovo-Konflikts. Nach dem Ende der 14. Legislaturperiode im Jahr 2002 ist die Nutzung des Materials in den Parteiarchiven, abgesehen vom Archiv Grünes Gedächtnis, für zeitnähere Forschungen dann nur noch mit großen Einschränkungen möglich. Auch die Möglichkeiten des Bundesarchivs werden für Untersuchungen innerhalb der letzten 15 Jahre begrenzter.

Die wichtigsten Überlieferungen für die vorliegende Arbeit stellten die Akten des Bundesarchivs und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes dar. Im Bundesarchiv war vor allem der Bestand »Bundesministerium der Verteidigung – Generalinspekteur und Führungsstab der Streitkräfte« (BW 2) von herausragender Bedeutung. Die detaillierten Auswerte- und Erfahrungsberichte zur Operation »Allied Force« des Bestandes BW 1 ermöglichten Aussagen zu den deutschen politischen Zielen, welche die Bundesregierung mit der Beteiligung an der NATO-Operation verfolgte, über die Anzahl der eingesetzten Waffensysteme und verschossenen Munition sowie Schlussfolgerungen hinsichtlich der Weiterentwicklung deutscher Waffensysteme und der Verfahren innerhalb der Allianz. Als besonders wertvoll zur Rekonstruktion des politischen Prozesses zur Bewältigung

¹¹³ Stattdessen müssen die IFOR-Unterlagen in den Beständen der Leitverbände, entsprechend ihrer für den »Grundbetrieb« ausgelegten Strukturen, gesucht werden. Vgl. Kunz, Transformation, S. 390, FN 7.

¹¹⁴ Vgl. ebd., S. 390.

¹¹⁵ Vgl. etwa die Einsatztagebücher des Führungszentrums der Luftwaffe (FüZLw) aus dem Luftwaffenführungskommando (LwFüKdo): BArch, BL 15/2573, LwFüKdo, FüZLw, Einsatztagebuch FüZLw, Bd VII, »SFOR/ALLIED FORCE« Erstaufbereitung, 8.5.1999–3.12.1999.

des Kosovo-Konflikts innerhalb der NATO und zum daraus resultierenden Verhalten Deutschlands sowie anderer Staaten der Allianz erwies sich der Bandfolgetitel »Jugoslawien-Konflikt-Vorlagen Bundesminister der Verteidigung, Staatssekretär und Generalinspekteur« der Jahre 1998 und 1999 des Führungsstabes der Streitkräfte III 6 (BW 2/34949 ff.). Vor allem ermöglichten die Akten detaillierte Einblicke, wie daraus militärische Planungen des Bündnisses und schließlich deren operative Umsetzung entstanden. Erst diese gründliche Rekonstruktion der deutschen Beteiligung an »Allied Force« und KFOR erlaubte Rückschlüsse auf die Wechselwirkungen zwischen dem politischen Prozess und dem konkreten militärischen Handeln.

Die operative Führung der deutschen Teile oblag dem »Heeresführungskommando« (BH 41), während die Leitverbände auf Korpsebene und darunter für die Stellenbesetzung, Ausrüstung und Ausbildung des deutschen Heereskontingents verantwortlich waren. Die Führung der Luftwaffenkräfte lag beim Luftwaffenführungskommando (LwFüKdo) mit dem Jagdbombergeschwader 32 und dem Aufklärungsgeschwader 51 »Immelmann« als Leitverbänden. Erst seit 2001 ist das Einsatzführungskommando der Bundeswehr (BW 60) für die Führung aller in Auslandseinsätzen befindlichen Truppen verantwortlich.

Letztendlich bedarf der Begriff der operativen Führung in diesem Zusammenhang jedoch einer Relativierung, da die taktisch-operative Führung im Einsatzgebiet selbst, im Fall der KFOR also, entsprechend der NATO-Befehlskette, erfolgte. Aus diesem Grund ist der Bestand BH 41 von nachgeordneter Bedeutung. Eine viel größere Rolle spielen hingegen die Einsatztagebücher der deutschen Einsatzbrigade, die im Bestand »Kosovo Force (KFOR) – Deutsche Anteile« (BW 79) zu finden sind. Sie ermöglichen eine detaillierte Rekonstruktion der Ereignisse im Juni 1999, angefangen von Gliederung und Verlauf des Einmarsches des deutschen KFOR-Kontingents in das Kosovo, über das erste Feuergefecht deutscher Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, bis hin zur Minensituation und der Sicherheitslage.

Der Bestand der »Panzerbrigade 21 – Lipperland« (BH 9-21) erwies sich letztendlich im Gegensatz zu den Unterlagen des Heeresführungskommandos als besser geeignet, um die Genese der deutschen Einsatzbrigade vom Prozess ihrer Aufstellung, zunächst im Rahmen der Extraction Force (EXFOR) zur Evakuierung der OSZE-Verifikationsmission, über ihr weiteres Aufwachsen, die Ausbildung der deutschen KFOR-Soldaten bis hin zu ihrer Verlegung nachvollziehen zu können. Hier fanden sich die Befehle des Heeresführungskommandos als nationalem Leitführungskommando, des II. Korps in Ulm als dem verantwortlichen Leitkommando und aller am Einsatz beteiligten Verbänden und Einheiten. So konnte erst mit Hilfe der Dokumente dieser Zwischenebene ein umfassendes Bild dargelegt werden.

Darüber hinaus durfte der Autor eingestufte Verschlussachen der Geheimhaltungsstufen »vertraulich« und »geheim« einsehen. Deren Inhalte konnten zwar nicht für die vorliegende Arbeit genutzt werden, ermöglichten aber eine Verifizierung der gefundenen Ergebnisse. Es konnte auch festge-

stellt werden, dass seinerzeit bestimmte vertrauliche Informationen zeitnah in großen deutschen Tageszeitungen veröffentlicht wurden.¹¹⁶ Diese Arbeit greift daher Debattenbeiträge und Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften wie der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung oder des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« als Quelle mit auf. Die Kritik an der von den Autoren vorgenommenen subjektiven Auswahl und ihrer kommunikativen Motivation ist insofern von relativierender Bedeutung, als sich Gleiches auch über die Verfasser von Archivquellen sagen lässt. Natürlich kommuniziert ein Referent und Verfasser eines Papiers im Geschäftsbereich eines Ministeriums auch über den Sachinhalt dieses Dokuments hinaus. In beiden Fällen benötigt der Historiker Sach- und Systemkenntnis zur Kontextualisierung und Interpretation der Aussagen.

Außerdem wurden, wie bereits erwähnt, offizielle frei zugängliche Dokumente genutzt. Außer den Plenarprotokollen und Drucksachen des Deutschen Bundestages und den darin enthaltenen Debatten, Regierungserklärungen und Anträgen, wurde etwa auf die Weißbücher des Verteidigungsministeriums der Jahre 1994 und 2006 sowie publizierte Hintergrundinformationen der Ressorts zurückgegriffen. Gleiches gilt für Presseerklärungen, Pressekonferenzen und Reden der Bundesregierung, der Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Parteien, aber auch der internationalen Politik. Hervorzuheben sind hier die Presseerklärungen, Pressekonferenzen, Bilder und FactSheets der NATO, aber auch die Dokumente der Vereinten Nationen. Als eine weitere wichtige im Internet frei zugängliche Quelle erwiesen sich die unter <www.icty.org> abrufbaren Dokumente des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien. Die in den Anklageschriften, ihren Anhängen und Ergänzungen formulierten Tatbestände geben ein umfassendes und detailliertes Bild der von den Konfliktparteien begangenen Verbrechen und Straftaten im Kosovo und den anderen Regionen des ehemaligen Jugoslawien, von Slobodan Milošević über Politiker, Kommandeure bis hin zu »einfachen« Milizionären und von Serben, Kosovo-Albanern, Kroaten und bosnischen Muslimen wider. Darüber hinaus wurden diese Materialien durch verschiedene Quelleneditionen ergänzt.¹¹⁷

Ein Bild des politischen Prozesses jenseits des Militärischen konnte mit Hilfe der Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes gewonnen werden. Erst dieses Archivmaterial gestattet die Kontextualisierung und Einbettung deutscher Militärpolitik in den außenpolitischen Handlungsrahmen. Als besonders wertvoll kristallisierten sich die Bandfolgetitel der Kontaktgruppentreffen vom Januar 1998 bis Januar 1999 (Zwischenarchiv, Bd 223 994 ff.) und den Verhandlungen in Rambouillet und Paris (Zwischenarchiv, Bd 223 849 ff.) heraus. Dadurch kann die Entwicklung der deutschen Position, aber auch der Positionen der anderen Kontaktgruppenmitgliedstaaten vom Beginn der

¹¹⁶ Bei den gefundenen Stichproben handelte es sich um Informationen, die aufgrund der sogenannten Verschweigefrist innerhalb der NATO eingestuft worden waren und bei denen die Frist abgelaufen war.

¹¹⁷ Vgl. Weller, *The Crisis in Kosovo*.

Eskalation des Kosovo-Konflikts bis zum Luftkrieg der NATO gegen die BRJ detailliert nachvollzogen werden. Die Akten ermöglichen dabei fundierte Aussagen zum deutschen außen- und sicherheitspolitischen Akteursverhalten, indem sie zeigen, welche Partner und Foren die Bundesregierung in bestimmten Situationen zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzte und über welche außenpolitischen operativen Zielsetzungen sie dies realisierte, wie etwa der unbedingten Gewährleistung einer multilateralen Außen- und Sicherheitspolitik sowie mit der Anbindung zu Russland.

Aufgrund der eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten des Archivguts staatlicher Provenienz gewinnen die Parteiarchive zusätzlich an Bedeutung. Vor allem liegt ihr Wert aber in der Möglichkeit, die verschiedenen Ebenen und Aspekte der politischen Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr umfassend zu rekonstruieren. Jenseits der für diese Arbeit ebenfalls wichtigen Bundestags-Plenarprotokolle, die im Internet für jedermann abrufbar sind, erlaubten die Verlaufsprotokolle der Fraktionssitzungen Einblicke in weitere und vielfältigere Positionen und in einigen Fällen auch in Facetten der Positionsbildung innerhalb der Fraktion selbst. Abgesehen vom ACDP standen in unterschiedlichem Maße auch Akten der Fraktionsvorstände, der Parteivorstände und der Arbeitsgruppen zur Verfügung. Im Falle der CDU wird die Beschränkung der Nutzung auf die Verlaufsprotokolle der Fraktionssitzungen durch die 2012 erschienenen »Berichte zur Lage« Helmut Kohls als Kanzler und Parteivorsitzender etwas kompensiert.¹¹⁸ Der Mehrwert der Unterlagen aus den Regierungsparteien resultiert darüber hinaus aus dem doppelten »Hut«, den ihre Akteure als Mitglieder sowohl einer Partei als auch der Bundesregierung »auf hatten«. Da diese Bereiche in der Regel nicht sorgfältig getrennt wurden, finden sich auch Aussagen jenseits der Inhalte der offiziellen Regierungsdokumente in den Parteiarchiven. Auf diese Weise werden fehlende Zugänge zu Regierungsunterlagen zwar aufgefangen, können diese aber nicht gänzlich ersetzen.

Als weitere Quellen wurden Depositen für die vorliegende Arbeit ausgewertet. Besonders hervorzuheben sind hier die Dokumente der Vizeadmirale a.D. Ulrich Weisser, von 1992 bis 1998 Leiter des Planungsstabs des Verteidigungsministeriums, und Hans Frank, von 1994 bis 1999 Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr. Die Deposita ermöglichten etwa Einsichten in die Position der Bundesregierung zur Stärkung des Gewichts der Europäer in der NATO bis hin zu den Planungen des Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) im Hinblick auf eine kämpfende Einnahme des Kosovo.

Ein weiteres Merkmal gegenwartsnaher Forschung ist die Fülle verfügbarer Zeitzeugen. Die Besonderheiten beim Umgang mit den durch Zeitzeugeninterviews gewonnenen Erkenntnissen unterscheiden sich kaum von der bekannten Problematik früherer zeitgeschichtlicher Forschungen. Stets gilt es zu hinterfragen, welche konkrete Rolle die Person während des

¹¹⁸ Vgl. Kohl, Berichte zur Lage.

historischen Ereignisses spielte und welche Motivation der Aussage zugrunde liegen könnte. Auch das Sich-Erinnern ist bereits Gegenstand der Forschung.¹¹⁹ Zeitzeugen tragen jedoch mehr als nur zum Atmosphärischen bei und sollten nicht erst am Ende der Forschungen gehört werden. Sie können entscheidende Hinweise auf Ereignisse, Personen und Quellen geben sowie den Historiker auf Zusammenhänge verweisen, denen vertiefender nachgegangen werden kann. Der Mehrwert dieser Gespräche liegt also nicht darin, vom Zeitzeugen zu erfahren, wie es wirklich war. Das obliegt dem handwerklichen Geschick des Historikers.

Durch die Zeitzeugeninterviews wurde manche Lücke der Archivquellen in Bezug auf die Abläufe von Ereignissen geschlossen oder Erkenntnisse bestätigt und wichtige Hinweise für weitere Archivrecherchen gewonnen. So stellten sich mit dem ehemaligen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses General a.D. Naumann, der in dieser Funktion einen Überblick über die NATO-Politik und die daraus resultierenden militärischen Operationen des Bündnisses hatte, und mit Botschafter a.D. Wolfgang Ischinger, der zunächst als Politischer Direktor und später als Staatssekretär für die Kosovo-Politik des Auswärtigen Amtes an gestaltender Stelle mitverantwortlich war, zwei maßgeblich an der Bewältigung des Kosovo-Konflikts beteiligte Zeitzeugen für Gespräche mit dem Autor zur Verfügung. Darüber hinaus wurden Zeitzeugengespräche mit Botschafter a.D. Christian Pauls, dem Leiter des Sonderstabes Bosnien/Kosovo, Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann, dem Leiter der militärischen Abteilung beim deutschen NATO-Botschafter, und mit Winfried Nachtwei, Mitglied des Deutschen Bundestages und des Verteidigungsausschusses, geführt, welche die Hintergründe für die Entwicklung des politischen Prozesses transparent machten. Aus der soldatischen Perspektive von den am Kampfeinsatz beteiligten Tornado-Besatzungen wurden Oberst i.G. Oliver Eckstein und Dr. Christian Reeb interviewt. Durch diese unterschiedlichen Perspektiven auf den Kosovo-Einsatz erhält die Arbeit eine weitere Tiefenfundierung.

Vor allem forscht die Neueste Militärgeschichte auch im Zeitalter der digitalen Revolution. Der Prozess der Medienkonvergenz erreichte mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue Dimension. Diese Verschmelzung von PC, Fernsehgerät und Fotoapparat und deren permanente Nutzung führte dazu, dass diese Medien den gesamten Alltag durchdringen und beeinflussen.¹²⁰ Zur geschichtswissenschaftlichen Analyse dieser jüngsten Zeitgeschichte wird der Umgang mit digitalen Quellen für den Historiker eine stark zunehmende Bedeutung erlangen.¹²¹ Gleichzeitig zwingt der multime-

¹¹⁹ Ein guter Überblick zur mentalitätsgeschichtlichen Forschung findet sich bei Groß, *Gefangen im Krieg*, S. 15–21. Zur systematischen Untersuchung der Entstehung, Struktur und Funktion von Erinnerungskultur siehe Berek, *Kollektives Gedächtnis. Zur Wahrnehmung und Deutung kollektiver wie individueller Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg* vgl. Frei, 1945 und wir; Heer [u.a.], *Wie Geschichte gemacht wird*.

¹²⁰ Rödder, 21.0, S. 24.

¹²¹ Vgl. Kunz, *Transformation*.

diale und exponentiell anwachsende Datenfluss in Echtzeit auch zum methodischen Umdenken. Die Fülle digitaler Quellen jenseits des Archivguts bietet dem Forscher zahlreiche Möglichkeiten. So wurde etwa für diese Arbeit auf die Plenarprotokolle und Drucksachen des Deutschen Bundestages zurückgegriffen, die neben den Parlamentsdebatten auch Regierungserklärungen, Anträge der Bundesregierung, Anträge von Fraktionen und Gruppen sowie Aussagen und Bewertungen von Ausschüssen beinhalten. Gleiches gilt für Presseerklärungen und Reden der Bundesregierung, der Fraktionen und der Parteien, die online verfügbar sind, wie auch aus der internationalen Politik. Auf der NATO-Homepage finden sich neben Presseerklärungen vor allem auch die Antworten auf kritische Fragen der Journalisten. Das mag als Binsenweisheit erscheinen. Doch reagierte die NATO mit ihrer Pressearbeit auch auf ein verändertes Verständnis der Rolle des Medialen in unserer Zeit. Im digitalen Zeitalter ist nämlich alles Kommunikation.¹²² Eine Untersuchung Neuester Militärgeschichte, die Zugänge einer Neuen Politikgeschichte nutzt, muss »das Politische und dessen Dimensionen als kommunikativ strukturiert und gleichsam strukturierend«¹²³ begreifen und dies sowohl methodisch als auch bei der Nutzung der Quellen berücksichtigen. So geben diese Quellen Auskunft darüber, wie Regierungen und Organisationen, etwa die deutsche Bundesregierung, NATO, UN, EU und OSZE, auf gesellschaftliche Werte und Interessen reagieren.

Die Möglichkeiten der Nutzung digitaler Quellen scheinen Legion. Daher sei hier nur auf eine Auswahl verwiesen. Das Internet »vergisst« nicht. In der Folge lassen sich über Suchmaschinen Berichterstattungen, Podcasts oder Posts fast aller relevanten Ereignisse der letzten zehn Jahre finden. Selbst bis Anfang/Mitte der 1990er Jahre sind Ereignisse von gesellschaftlicher Relevanz gut dokumentiert. So beschreiben publizierte Schilderungen des ersten Feuergefechts deutscher Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges am 13. Juni 1999 im Kosovo die Szene oft nur unzureichend. Im Vergleich dazu, gibt das für diese Arbeit zusätzlich zu den Archivakten genutzte YouTube-Video die Ereignisse dieses Tages auch nach 18 Jahren noch sehr authentisch wieder.¹²⁴ Der Zuschauer sieht nicht nur die Abläufe. Er hört auch die zahlreichen Schüsse, die lauten aufgeregten Rufe der deutschen Soldaten und bekommt auf diese Weise einen subjektiven Eindruck dieses Schusswechsels vermittelt.¹²⁵ Wer glaubt, in Zukunft Facebook und Twitter ignorieren zu können, unterschätzt allerdings ihre kommunikative Relevanz und deren gesellschaftliche und mithin politische Auswirkungen.¹²⁶ Für die

¹²² Rödder, 21.0, S. 23 f.

¹²³ Weidner, Die Geschichte des Politischen; Weidner, Die Geschichte des Politischen, S. 117.

¹²⁴ BundVeteranen, Bundeswehr Feuergefecht in Prizren Juni 1999 <www.youtube.com/watch?v=KFURbwy8rQ4> (letzter Zugriff 19.9.2017).

¹²⁵ Ebd.; Kosovo. Schießerei am deutschen Kontrollpunkt. In: Spiegel Online, 14.6.1999 <www.spiegel.de/politik/ausland/kosovo-schiesserei-am-deutschen-kontrollpunkt-a-27113.html> (letzter Zugriff 28.5.2018).

¹²⁶ Vgl. Kunz, Transformation, S. 395 f.

Zunft der Geschichtswissenschaft wird sich daher die Frage stellen, wie Sicherung, Zugriff und Auswertung dieser Quellen erfolgen kann, von der Bewältigung der rasant anwachsenden Datenmengen ganz zu schweigen.¹²⁷

¹²⁷ Vgl. Haber, Digital Past.